Morgenausgabe

Nr. 241 / A 122 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Zeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch 25. Mai 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 80 Pf. Reklamezeile 2.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/68.

Kleines Preußentheater.

Noch nichts entschieden / Heute Wahl des Landtagspräsidenten.

Der neue Preußische Landtag wurde gestern um 3 Uhr eröffnet. Vor dem Landtag gab es einige größere Ansammlungen. Die Tribünen des Landtags waren außerordentlich stark besetzt, seit Wochen waren die Tribünenkarten vergriffen.

Die Sitzung, die als Alterspräsident der Nazigeneral Litzmann leitete, dauerte knapp eine halbe Stunde. Heute wird zunächst der Aeltestenrat tagen, um 1 Uhr tritt das Plenum wieder zusammen. Erster Punkt der Tagesordnung: Wahl des Landtagspräsidiums.

*

„Zehn Minuten vorm Antreten ist — Antreten!" An diese Kasernenhofblüte wurde erinnert, wer eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn die Wandelhalle des Landtags betrat. Dieser ernste, hochgewölbte Raum glich am Dienstag einem Kasernenhof, auf dem eine neu ausgehobene Rekrutenmannschaft zum erstenmal antritt. Zu einem dichten Klumpen gedrängt — man konnte auch an einen um den Weisel gescharten Bienenschwarm denken — ballten sich dort 160 Mann muskulösen hakenkreuzgeschmückten Volks.

Worauf warten sie? — Komische Frage: aufs Kommando! Endlich verkündet das Schnarren der Sirene den Sitzungsbeginn. Das Kommando ertönt, der Einmarsch kann sich vollziehen. Aber ach, der Architekt dieses Hauses hat bei seiner Erbauung den künftigen Kasernenzweck des Landtages noch nicht gekannt: an der Enge der Türen zum Sitzungssaal scheitert der Masseneinmarsch.

Als der Alterspräsident, General a. D. Litzmann, auf dem Präsidentensitz erscheint, erheben sich die versammelten Hitler-Mannen zu einer „Heil"-Demonstration. Dann müssen sie sich artig verhalten, und das Theater geht an die Konkurrenz von der äußersten Linken über. Für einen Augenblick freilich bietet das Haus einen Schein von Einmütigkeit, als es sich zu Ehren der Opfer des jüngsten Bergwerksunglück von den Plätzen erhebt. Aber das ist bald vorbei. Bei jedem Satz wird der Alterspräsident von kommunistischen Zurufen — nicht gerade respektvoller Art — zugedeckt. Der alte Haudegen selber scheut übrigens vor Provokationen auch nicht zurück. Hat er schon gleich beim Eintritt die „Heil"-Rufe seiner Fraktion mit Faschistengruß erwidert, so versucht er gleich zu Beginn seiner Rede eine politische Demonstration, indem er erklärt, daß sein Verfahren nach der bisherigen Geschäftsordnung keineswegs eine Anerkennung derselben für den neuen Landtag bedeute. (Deutlicher Hinweis auf die Wahl des Ministerpräsidenten.) Im übrigen beruft Litzmann gemäß der Geschäftsordnung vier Beisitzer, darunter auch den Sozialdemokraten Paetzel, und schlägt die Konstituierung des Aeltestenrats vor, der das Haus zustimmt.

Was dann folgt, ist übliches Geschäftsordnungstheater. Die Kommunisten Pieck und Kasper stellen unmögliche Demonstrationsanträge, deren selbstverständliche Ablehnung für sie der Vorwand ist, um „die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten" zu konstruieren. Schade, daß der zwei Stunden vorher erschienene „Angriff" des Herrn Goebbels diesen Trick schon vorweggenommen hat, indem er die „Einheitsfront vom Zentrum bis zu den Kommunisten" verkündete! Für jeden Radikalinski sind halt alle anderen eine Einheitsfront.

Zur Entschuldigung für die Kommunisten muß allerdings gesagt werden, daß gleich nach ihnen die Deutschnationalen die Gelegenheit benutzten, um zu beweisen, daß sie in sinnlosester Demagogie den Kommunisten Konkurrenz zu machen gedenken. Ihr Herr von Winterfeld begründete einen herrlichen „Mißtrauensantrag", dessen Sinn man dahin zusammenfassen kann: Das zurückgetretene Kabinett Braun-Severing solle noch einmal zurücktreten, bzw. der Landtag entziehe dem wegen des Wahlausfalls bereits zurückgetretenen Kabinett sein Vertrauen. Geistvolle Leute, diese Hugenbergianer.

Am Mittwoch steht die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten als erster Punkt auf der Tagesordnung. Sachlich geklärt hat diese erste Sitzung noch gar nichts. Sie war kurzes und schlechtestes Theater für ein Publikum, dessen geistiges Niveau von den Akteuren offenbar auf äußersten Tiefstand eingeschätzt wird. Dem Denkenden sagt diese Sitzung nur, daß dieses Parlament wohl kaum arbeitsfähig werden wird. Die Sozialdemokratie hat sich an der ganzen Theaterspielerei nicht beteiligt. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie Wesen und Pflichten eines Parlaments ernster auffaßt als die Leute, denen ein Spektakelstück für sensationshungrige Tribünen Zweck und Inbegriff ihres parlamentarischen Wirkens ist!

Die Präsidentenwahl.

Kompromißsuche der Nationalsozialisten?

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags ist auf Mittwoch, 11½ Uhr vormittags, einberufen. Auf der Tagesordnung stehen die Wahl des Präsidenten und der Beisitzer und die Verteilung der Sitze und Vorsitze in den Landtagsausschüssen.

Angeblich sollen sich die Nationalsozialisten jetzt bereit erklärt haben, wenn ihnen der Präsident zugebilligt würde, für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu stimmen. Selbst wenn sie in der Aeltestenratssitzung des Mittwoch diese Erklärung abgeben, wird die sozialdemokratische Fraktion schwerlich auf diese Brücke treten können. Zusagen und Versprechungen von nationalsozialistischer Seite haben nur einen sehr geringen Wert, da ja Herr Straßer „diesem System" gegenüber hundertmal sein Ehrenwort zu brechen bereit ist. Auch gebührt einer ausgesprochen verfassungsfeindlichen Partei wie den Nationalsozialisten der Vorsitz im Parlament nicht. Endlich haben erst in den letzten Tagen die Vorgänge in Anhalt, wo der neugewählte nationalsozialistische Landtagspräsident einen brutalen Uebergriff gegen die Freiheit der sozialdemokratischen Presse begangen hat, klar erwiesen, daß die Nationalsozialisten diese wie jede andere Machtstellung, die man ihnen einräumt, lediglich mißbrauchen.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß in der Mittwochsitzung der Nationalsozialist Kerrl Landtagspräsident wird; aber ohne die Stimmen der Sozialdemokratie!

Unfug statt Außenpolitik!

Törichte Resolutionsmacherei im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags.

Der Auswärtige Ausschuß nahm gestern einen umfangreichen Bericht des Reichskanzlers entgegen.

Nach Beendigung der einstündigen Ausführungen des Reichskanzlers erhielt als erster Parteiredner der Abg. Rosenberg (Nsoz.) das Wort. In der Vormittagssitzung kamen außer dem Abg. Rosenberg (Nsoz.) nach die Abgg. v. Freytagh-Loringhoven (Dnat.), Graf Westarp (Kons.), Dr. Wirth (Z.), Stampfer (Soz.) und Dr. Kaas (Z.) zum Wort.

Nach einer Mittagspause wurde die Aussprache fortgesetzt.

In einer Nachmittagssitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags sprachen die Abgg. Goering (Nsoz.), Dr. Quaatz (Dnat.), Stoecker (Komm.), v. Seeckt (D. Vp.), Reinhold (Staatsp.), Dr. Spahn (Dnat.), v. Epp (Nsoz.), Leicht (Bayer. Vp.) und Schneller (Komm.). Darauf gab Botschafter Radolny einen ausführlichen Ueberblick über die Abrüstungsverhandlungen in Genf. Zum Schluß antwortete Reichskanzler Dr. Brüning auf verschiedene Anfragen, die im Laufe der Diskussion an ihn gerichtet worden waren.

Dann nahm der Ausschuß die Abstimmungen über verschiedene Anträge vor.

Angenommen wurde ein Antrag des Abg. Dr. Frick (Nsoz.), nachdem er mit einer Aenderung des Abg. Leicht (Bayer. Vp.) versehen war, mit sämtlichen Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten und bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen. Dieser Antrag ersucht die Reichsregierung, alles daranzusetzen, daß die Gleichberechtigung, welche besonders von einem Staat als nur „theoretisch" bezeichnet wird, in einwandfreier Formulierung, entsprechend namentlich dem Artikel 8 der Völkerbundsakte und unter Ablehnung des § 53 des Konventionsentwurfs, als tatsächliche Voraussetzung anerkannt wird und als bindende Grundlage für alle weiteren Verhandlungen zu gelten hat.

Weiter wurde mit elf gegen zehn Stimmen ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, die polnische Republik nicht darüber im unklaren zu lassen, daß jeder Angriff auf den Freistaat Danzig vom ganzen deutschen Volk als Angriff auf deutsche Lebensrechte betrachtet und dementsprechend beantwortet würde.

Schließlich wurde ein Antrag des Abg. Dr. Bell (Z.) und anderer Ausschußmitglieder mit sämtlichen Stimmen, mit Ausnahme derjenigen der Kommunisten, angenommen, der folgende Forderungen aufstellt:

1. Der Auswärtige Ausschuß hat Kenntnis genommen von der Erklärung des Herren Reichskanzlers, wonach die berechtigten Interessen unserer deutschen Volksgenossen in Memel und in Danzig gegen jeden unzulässigen Angriff nachdrücklich geschützt werden;

2. im Hinblick auf die das deutsche Volk empörenden Vorgänge in Memel und in Danzig erwartet demgemäß der Auswärtige Ausschuß, daß die Reichsregierung alle geeigneten Vorkehrungen trifft, um jeden Versuch einer erneuten Vergewaltigung dieser Rechte und Interessen rechtzeitig zu unterbinden.

Dieses ist der allein zulässige offiziöse Bericht, der nach den Angaben des Vorsitzenden Dr. Frick verfaßt ist. Für seinen zum Teil ganz unverständlichen Inhalt lehnen wir die Verantwortung ab.

*

Die Resolutionsmacherei im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags artet immer mehr zum groben Unfug aus. Triebfeder ist zumeist gar nicht der Wunsch, dem deutschen Volk sachlich zu dienen, sondern vielmehr die Absicht, andere Parteien hineinzulegen. Diese andern Parteien bringen dann, um der Entlarvungsstrategie ihrer Gegner zu begegnen, andere Anträge ein, die vielleicht weniger schädlich, aber dann eben nur destilliertes Wasser oder weiße Salbe sind. Sachliche Motive sind auch bei ihnen selten vorhanden.

Die angenommenen Anträge werden nebst Antragstellern und Stimmenzahlen veröffentlicht. Unbekannt bleiben, wenn die verfassungsmäßige Vertraulichkeit gewahrt wird, die abgelehnten Anträge, unbekannt bleiben die Erklärungen, mit denen die Parteien ihre Abstimmungen motivierten. So kann jede Partei in die Lage kommen, entweder ungerechte Vorwürfe auf sich sitzen lassen oder in der Notwehr die Vertraulichkeit brechen zu müssen. Der Ausschuß muß sich darüber klar werden, daß das auf die Dauer so nicht weiter geht. Entweder die Verhandlungen müssen öffentlich werden oder aber auch die Beschlüsse müssen vertraulich bleiben — es sei denn, daß über die Zweckmäßigkeit ihrer Veröffentlichung Einstimmigkeit besteht.

Der nationalsozialistische Antrag über Danzig ist mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen worden. Der Ausschuß hat aber 28 Mitglieder; also müssen 7 nicht mitgestimmt haben. Wer mit Ja, wer mit Nein gestimmt, wer sich enthalten hat, kurz, wie dieser ganze Unsinn zustande gekommen ist, das alles gilt als vertraulich! Bekannt ist jedoch, daß der Reichskanzler in öffentlicher Rede erklärt hat, die Gerüchte von einem drohenden Angriff der Polen auf Danzig entbehrten der sachlichen Begründung. Trotzdem wird der Reichsregierung zugemutet, ein konditionelles Ultimatum an die polnische Regierung zu richten, bezogen auf einen Fall, der nach der Behandlung des deutschen Reichskanzlers gar nicht existiert.

Die Reichsregierung steht vor der Wahl, ob sie nach dem Wunsche von elf der achtundzwanzig Ausschußmitglieder sich selber lächerlich machen soll, oder ob sie den Auswärtigen Ausschuß blamieren soll, indem sie sich um seinen Beschluß nicht kümmert. Man muß ihr im Interesse des deutschen Volkes dringend raten, das zweite zu tun.

Der Ausschuß aber sollte aus dieser Lektion lernen und mit dem Unfug der unsachlichen Resolutionsmacherei aufhören.

Reich und Preußen.

Zunächst keine Entscheidungen in Preußen?

Der „Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, äußert sich über das Verhältnis von Zentrum und Nationalsozialisten und die kommenden Entscheidungen in Preußen. Er schreibt:

„Ueber die Bildung einer Regierung ist keinerlei Fühlungnahme zwischen Nationalsozialisten und Zentrum erfolgt, nicht einmal über die Wahl des Landtagspräsidenten. Nach der Konstituierung heute wird sich der Landtag also vertagen müssen, damit wenigstens darüber zwischen den Fraktionen verhandelt werden kann.

Wann dann der Landtag zum Versuch einer Wahl des Ministerpräsidenten kommen wird, läßt sich nicht voraussagen.

Der Kampf um die Macht im Reich überschattet die Politik in den Ländern. Die Nationalsozialisten konzentrieren und mobilisieren offensichtlich alle Kräfte, um im Reich an die Macht zu kommen, das Kabinett Brüning zu stürzen und einen völlig neuen Kurs einzuschlagen. Bevor die Entscheidung darüber nicht gefallen ist, wird in den Ländern nichts entschieden werden. Es ist nicht nur so in Preußen, sondern auch in Bayern, in Württemberg, in Hamburg usw. Entweder sind Verhandlungen überhaupt noch nicht begonnen, oder sie sind, wie in Württemberg, ergebnislos abgebrochen.

Es ist verständlich, wenn Brüning auf eine schnelle und gründliche Klärung Wert legt. Sie ist in der nächsten Woche nach Rückkehr des Reichspräsidenten zu erwarten. Der Kanzler wird dem Reichspräsidenten nicht nur den Etat, die Notverordnung und das ganze Kabinettsprogramm vorlegen, er wird ihm auch die Vorschläge zur Ergänzung des Kabinetts unterbreiten. Brüning ist nicht willens, die Linien seiner Innen- und Außenpolitik zu ändern, er lehnt Neuwahlen im Reich ab, und hinter ihm steht geschlossen die Zentrumspartei. Auch die preußische Zentrumsfraktion macht ihre Politik in Preußen abhängig von der Weiterentwicklung der Politik im Reich.

Da sich alles so auf den Kampf um das Reich konzentriert, sind in Preußen und den anderen Ländern, wo am 24. April gewählt wurde, keinerlei Entscheidungen zu erwarten."

In der Richtung dieser Aeußerung liegt eine parteiamtliche Erklärung des Zentrums in Württemberg, die wir weiter unten wiedergeben. Inzwischen ist die Wahl eines Staatspräsidenten in Württemberg ergebnislos verlaufen, und die Regierung Bolz führt die Geschäfte weiter.

Eine wichtige Zentrumserklärung.

Staatliche Machtmittel nicht in die Hand von Nazis.

Stuttgart, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Das politische Verhältnis von Zentrum und Nationalsozialisten wird durch eine parteiamtliche Erklärung des württembergischen Zentrums beleuchtet, in der es anläßlich der ergebnislos verlaufenen Verhandlungen über die Regierungsbildung wie folgt heißt:

„In der Montagsitzung der Parteien wurde von den Vertretern des Zentrums eine Erklärung abgegeben, welche die grundsätzliche Auffassung der Partei über eine Regierungsbildung mit den Nationalsozialisten darlegte. Es wurde gesagt, daß die Zentrumspartei bereit sei, die Teilnahme der Nationalsozialisten an einer Regierung der bürgerlichen Parteien unter Einschluß des Zentrums zu ermöglichen und den Nationalsozialisten einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß im Kabinett einzuräumen.

Doch sei die Partei nicht bereit, den Nationalsozialisten das Innenministerium und das Staatspräsidium zu überlassen.

Die Gründe, welche das Zentrum zu dieser Haltung bewogen, liegen auf der Hand. Der Anspruch der Nationalsozialisten auf die Führung der Regierung und ein so wichtiges Ministerium wie das des Innern war schon im Hinblick auf das Stärkeverhältnis der Parteien nicht gerechtfertigt. Denn den 23 Mandaten der Nationalsozialisten würden in der Koalition sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Linken 36 Mandate der anderen Parteien gegenüberstehen. Zu diesen mehr äußeren Gründen kamen die noch wichtigeren Erwägungen politischer Natur. Man war sich im Zentrum von allem Anfang an darüber klar, was es bedeuten würde, an die Spitze einer Regierung einen Nationalsozialisten zu setzen und das Innenministerium mit dem Verfügungsrecht über die staatlichen Machtmittel und die Verwaltung ebenfalls in die Hände eines Nationalsozialisten zu geben. Wie hätte eine Partei wie die nationalsozialistische in verantwortungsbewußter Leistung dafür Bürgschaft leisten können, die ihr übertragenen Aemter in einem Sinn zu verwalten, welcher der Verfassung entspricht? Niemand weiß, welche Entwicklung die Dinge im Reich in den nächsten schweren Monaten noch nehmen werden. Um so mehr aber und

auf jeden Fall muß die Zentrumspartei in den Ländern, wo sie Einfluß hat, dafür besorgt sein, daß die Machtmittel und die Führung des Staates in zuverlässigen Händen bleibt.

Man hätte es in weiten Kreisen des Volkes nicht verstanden, wenn das Zentrum in einer mit gefährlichen Entwicklungskeimen so gefüllten Zeit das Ruder des Staates Händen überlassen hätte, die keinerlei Gewähr für einen sicheren und verfassungsmäßigen Fortgang der Staatsgeschäfte bieten könnten.

Für die Nationalsozialisten freilich war die Forderung nach dem Staatspräsidium und dem Innenministerium ein bedingungsloses Verlangen. Die Entschiedenheit, mit welcher sie auf dieser Forderung bestanden, ließ das Zentrum erst recht stutzig werden. Auch einige andere von den verhandelnden Parteien hatten schwere Bedenken gegen die Pläne der Nationalsozialisten, wenigstens bezüglich des Innenministeriums. Man verrät kein Geheimnis, wenn man feststellt, daß die württembergischen Nationalsozialisten in ihrem Verlangen nach dem Staatspräsidium und dem Innenministerium nicht frei waren.

Denn diese Forderung entspricht der politischen Linie des Braunen Hauses, die bei den Koalitionsverhandlungen überall eingehalten werden soll.

Der Anspruch der Nationalsozialisten auf das Staatspräsidium und das Innenministerium also war es, an dem die Verhandlungen gescheitert sind."

Nazirückzug im Landtag.

Vorläufig keine Geschäftsordnungsänderung. – Die Nationalsozialisten ziehen ihren Antrag zurück.

Der von der nationalsozialistischen Landtagsfraktion vor einigen Tagen gestellte Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung ist von den Antragstellern zurückgezogen worden.

Der Antrag der Nationalsozialisten wollte die im alten Landtag am 12. April beschlossene Aenderung der Geschäftsordnung, wodurch der Ministerpräsident nur mit absoluter Majorität gewählt werden kann, wieder rückgängig machen. Die Zurückziehung des Antrags ist ohne Begründung erfolgt. Doch will die TU. aus nationalsozialistischen Kreisen wissen, daß die NSDAP., wie bereits der Alterspräsident Litzmann ausführte, die alte Geschäftsordnung für den neuen Landtag nicht anerkenne, wenn man auch provisorisch nach ihr verfahren müsse. Eine Aenderung der alten Geschäftsordnung habe daher gegenwärtig keinen Sinn (?), was aber nicht ausschließe, daß man zu gegebener Zeit die Frage der Neuorientierung der Geschäftsordnung abermals aufwerfen werde.

Dagegen hat die deutschnationale Fraktion im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Nach Art. 29 Abs. 2 der preußischen Verfassung gibt sich der Landtag im Rahmen der Verfassung seine Geschäftsordnung. Der Landtag wolle daher beschließen: Die Geschäftsordnung des Landtags der dritten Wahlperiode in der Fassung, die am 11. April 1932 gültig war, gilt bis auf weiteres als Geschäftsordnung dieses Landtags."

Das würde also bedeuten, daß die bisherige Geschäftsordnung weiter gelten soll — mit Ausnahme der am 12. April beschlossenen Aenderung. Praktisch läuft der deutschnationale Antrag auf das gleiche heraus, wie der zurückgezogene Antrag der Nationalsozialisten.

Der nationalsozialistische Rückzug entspringt der Gemütslage des Fuchses, dem die Trauben zu sauer sind. Die Nationalsozialisten haben eingesehen, daß angesichts der Erklärungen der Kommunisten ihr Antrag zur Zeit doch keine Aussicht auf Annahme hat. Allerdings scheinen sie, wenn sie ein späteres Zurückkommen auf diese Frage versprechen, auf die Wandelbarkeit der Kommunisten zu spekulieren.

Der Deutschnationalen dagegen versuchen es mit juristischen Kniffen. In der Begründung, die sie zu ihrem Antrag verbreiten, behaupten sie, daß jeder Landtag nach der Verfassung sich seine Geschäftsordnung selbst geben kann, und daß daher für den gegenwärtigen Landtag die Geschäftsordnung seines Vorgängers an sich nicht existiere und in keiner Weise für den neuen Landtag bindend sei. Da aber eine Geschäftsordnung nicht von heute auf morgen geschaffen werden könne, so wolle die deutschnationale Fraktion die alte Geschäftsordnung übernehmen mit Ausnahme der einen ihr unbequemen Bestimmung. Das ist staatsrechtlicher Unsinn. Die preußische Verfassung sagt über das Recht des Landtags, sich eine Geschäftsordnung zu geben, in Artikel 29 der Verfassung nichts weiter als folgendes:

Der Landtag gibt sich seine Geschäftsordnung im Rahmen dieser Verfassung.

Damit ist lediglich gesagt, daß der Landtag über seine Geschäftsordnung allein und ausschließlich bestimmt, daß hierbei weder der Regierung noch dem Staatsrat irgendeine Mitwirkung zusteht. Nirgendswo aber steht geschrieben, daß jeder Landtag zu Beginn jeder neuen Gesetzgebungsperiode sich eine neue Geschäftsordnung geben muß. Er kann es natürlich tun. Aber bis er von diesem Rechte Gebrauch macht, gilt ohne weiteres die bisherige Geschäftsordnung weiter und zwar in der letztbeschlossenen Form. So ist es bisher praktisch auch stets gehandhabt worden.

Es gilt also für den jetzigen Landtag, bis dieser ausdrücklich von sich aus etwas anderes beschließt, die bisherige Geschäftsordnung inklusive der am 12. April von der Mehrheit des alten Landtages beschlossenen Aenderung. Daran ist nicht zu drehen und nicht zu deuteln!

Geschäftsregierung in Württemberg

Wahl eines Staatspräsidenten ergebnislos / Bolz führt die Geschäfte.

Stuttgart, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Die am Dienstagabend im Württembergischen Landtag versuchte Wahl eines Staatspräsidenten verlief negativ. Die erforderliche absolute Mehrheit wurde von keinem der Kandidaten erreicht.

Die Sitzung des Landtags begann mit einer Aussprache über umstrittene Fragen der Geschäftsordnung. Sie endete mit der Annahme eines vom Zentrum gestellten Antrages, die Geschäftsordnung des früheren Landtags mit Ausnahme von fünf besonders genannten Paragraphen vorläufig zu übernehmen und die umstrittenen Bedingungen einem Ausschuß zur Beratung zu überweisen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen. Dann wurden die Bestimmungen der Geschäftsordnung, die sich auf die Wahl des Staatspräsidenten bezogen, in aller Form und mit großer Mehrheit außer Kraft gesetzt. Für dessen Wahl gilt jetzt nur noch die Verfassungsbestimmung, daß der Landtag seine Beschlüsse „mit Mehrheit" zu fassen hat.

Um dieses noch besonders zu unterstreichen, wurde vom Zentrum folgender Antrag gestellt: Für die Wahl des Staatspräsidenten gilt folgendes: Der Staatspräsident wird durch den Landtag gewählt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Weiße Zettel und solche mit Enthaltung werden nur bei Feststellung der Beschlußfähigkeit mitgezählt, nicht aber bei Feststellung des Abstimmungsergebnisses. Dieser Antrag wurde mit der gleichen Mehrheit gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und bei Stimmverweigerung der Kommunisten angenommen.

Gegen 8 Uhr abends konnte schließlich in die Wahl des Staatspräsidenten eingetreten werden. Es beteiligten sich an ihr sämtliche 80 Abgeordneten. Stimmen erhielten Dr. Jonathan Schmidt (Natsoz.) 22, Dr. Bolz (Z.) 20, Keil (Soz.) 14, Ströbel (Bauernb.) 11, Köhler (Komm.) 7, Dehlinger (Dnat.) 4, Beierle (Z.) 1, Körner (Bauernb.) 1. Die Wahl ist also, da kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhielt, wie der nationalsozialistische Präsident Mergenthaler ausdrücklich feststellte, negativ verlaufen, so daß die bisherige Regierung Bolz vorläufig als Geschäftsministerium im Amt bleibt.

Auftakt zur Hessenwahl.

Sieg der Vernunft bei Lokalwahlen.

Darmstadt, 24. Mai. (Eigenbericht.)

In dem hessischen Städtchen Zwingenberg wurde der von der SPD. aufgestellte Bürgermeisterkandidat mit 702 Stimmen wiedergewählt. Bei der Präsidentenwahl wurden für Hindenburg 475 Stimmen abgegeben, während die Hindenburg-Parteien zusammen bei der Landtagswahl 1931 etwa 300 Stimmen erhalten hatten. Der Nazikandidat erhielt 337 Stimmen gegen 604 bei der Reichspräsidentenwahl und 541 bei der Landtagswahl, der Kommunist 134 gegen 174 bzw. 266 Stimmen.

Das Schreckensurteil von Großenhain.

Sozialdemokratische Kritik im Sächsischen Landtag.

Dresden, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Der Sächsische Landtag beschäftigte sich am Dienstag auf Grund eines sozialdemokratischen und eines kommunistischen Antrages mit dem Schreckensurteil in Großenhain, wo vom Schnellgericht eine Anzahl Reichsbannerkameraden, die einen Angriff von Nazis auf einen Reichsbannerzug abgewehrt hatten, zu schweren Zuchthausstrafen und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden waren.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Edel übte an dem Verfahren und an dem Urteil scharfe Kritik. Der Landgerichtsdirektor Koch, der in dem Prozeß den Vorsitz geführt habe, sei unter seinen Kollegen dafür bekannt, daß er die schwersten Strafen verhänge. Viele seiner Urteile seien deshalb von der höheren Instanz aufgehoben worden. Trotzdem sei er zum Vorsitzenden des Schnellgerichts ernannt worden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Neu wies darauf hin, daß im Falle Großenhain die Anwendung des Schnellverfahrens unzulässig gewesen wäre, weil 82 Zeugen hätten vernommen werden müssen und es den Verteidigern gar nicht möglich gewesen wäre, sich durch Akteneinsicht in der erforderlichen Weise auf die Verhandlung vorzubereiten. Die Angeklagten seien infolgedessen in der Verteidigung beschränkt gewesen. Dem Staatsanwalt machte Neu den Vorwurf, daß er Entlastungszeugen gar nicht vernommen habe. Außerdem rügte er, daß als Beisitzer ein junger Assessor mitgewirkt habe, während zum Schnellgericht nur erfahrene Richter zugezogen werden sollten.

Der Justizminister Mansfeld beschränkte sich auf die Erklärung, daß das Verfahren noch schwebe. Er lehnte es deshalb ab, darüber und über das Urteil der ersten Instanz etwas zu sagen. Die Anträge wurden schließlich dem Rechtsausschuß überwiesen.

Zwölf Jahre Zuchthaus.

Für einen Totschlag an einem Nationalsozialisten.

Bochum, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Das Schwurgericht Bochum verurteilte den Kommunisten vant Ende wegen Totschlags in Tateinheit mit Raufhandel zu 12 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hat im Oktober des vergangenen Jahres einen Nationalsozialisten erschossen.

Die Höchststrafe, die im Bankauer Naziprozeß wegen des viehischen Mordes an dem Landarbeiter Basin gegen einen Nationalsozialisten ausgesprochen worden ist, betrug 3 Jahre 3 Monate Gefängnis ...

Für Nazis ist der Tarif billig!

Der Dank des Vaterlandes.

Erstattet von Klagges und Genossen.

Braunschweig, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Der braunschweigische Staatsministerium hat gegen den sozialdemokratischen Ministerial-Oberinspektor Gräf ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung angestrengt.

Gräf wird vorgeworfen, in den Jahren 1928 und 1929 verschiedentlich das Diensttelephon benutzt zu haben. Er hatte aber von dem zuständigen Bürodirektor für Gespräche, die er als sozialdemokratischer Stadtverordneter führte, die Genehmigung. Gräf gehört zu den wenigen sozialdemokratischen Beamten, die man bisher noch nicht entlassen, pensionieren oder maßregeln konnte. Er ist alter Frontsoldat (Rückenmarkschuß, 60 Prozent).

Der „Dank des Vaterlandes" wird von den Nationalsozialisten also in recht origineller Weise erstattet!

Die Abschaffung des irischen Treueides endgültig angenommen. Die Kammer hat in dritter Lesung mit 87 gegen 60 Stimmen den Gesetzentwurf über die Abschaffung des Treueides angenommen. Der Gesetzentwurf geht nunmehr an den Senat.

Wieder Lohnsteuererstattung.

Antrag im Haushaltsausschuß des Reichstags angenommen.

Der Steuerausschuß des Reichstages nahm am Dienstag den Antrag auf Wiederherstellung der Rückerstattungspflicht für zuviel gezahlte Steuern an.

Im Verlauf der Beratungen begründete Abg. Dr. Hertz (Soz.) die Notwendigkeit, die Erstattungspflicht wiederherzustellen. Die Aufhebung der Erstattungspflicht sei ein krasses Unrecht, durch das zwei Gruppen von Steuerzahlen geschaffen worden seien: die Gruppe der Veranlagungspflichtigen, die nur die gesetzlich vorgesehenen Steuern zu zahlen hätten und in besonderen Fällen Ermäßigungen auf Grund von Billigkeitserwägungen erhielten, und die Gruppe der Lohnsteuerzahler, die über die gesetzliche Steuerpflicht hinaus belastet und der außerdem Billigkeitserwägungen versagt würden. Wie groß das den Lohnsteuerzahlern zugefügte Unrecht sei, gehe am besten aus der Tatsache hervor, daß unter der Geltung der Erstattungspflicht von 1926 bis 1930 rund 324 Millionen Mark zuviel erhoben seien und zurückerstattet werden mußten.

Ministerialdirektor Dr. Zarden bat, den Antrag auf Wiederherstellung der Erstattungspflicht abzulehnen. Die von dem Abg. Dr. Hertz beanstandete Aufhebung der Erstattungen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung (alte Fassung § 108) sei nur eine Konsequenz der Beseitigung der allgemeinen Erstattungspflicht gewesen. Im Reichsfinanzministerium werde gegenwärtig geprüft, ob die von dem Abg. Dr. Hertz angeregte Einführung von Lohnsteuerbüchern möglich sei und ob durch die Ausdehnung des Lohnzahlungszeitraums für die Erfassung der Lohnsteuer die Erhebung von zuviel gezahlter Lohnsteuer vermieden werden könne.

An der Aussprache beteiligten sich noch die Abg. Dr. Föhr-Baden (J.), Rupp (Natsoz.), Dr. Echte (Chr.-soz.), Dr. Horlacher (Bayer. Vp.) und Meier-Baden (Soz.). Alle Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß die Erstattungspflicht zuviel gezahlter Lohnsteuer grundsätzlich beibehalten werden müsse.

Der grundlegende Teil des Antrages auf Wiederherstellung der Rückerstattungspflicht wurde angenommen, der übrige Teil dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Einstimmig wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, die Erhebungsform des Steuerabzuges vom Arbeitslohn mit größter Beschleunigung derart umzugestalten, daß die dem Steuerpflichtigen gesetzlich zustehenden jährlichen steuerfreien Lohnbeträge und Familienermäßigungen laufend voll gutgebracht werden, eine Ueberzahlung der Steuer bei Verdienstausfall infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. ausgeschlossen wird und die Wiedereinführung der Erstattungen bei Verdienstausfall entsprechend dem früheren § 93 des Einkommensteuergesetzes nicht erforderlich ist.

Zwei Rücktritte in Wien.

Breitner und Kunschak.

Hugo Breitner, der seit der Uebernahme der Wiener Stadtverwaltung durch die Sozialdemokraten, somit über 13 Jahre lang, die Gemeindefinanzen verwaltet, wird bald 60 Jahre alt. Dieser kommunalen Tätigkeit sind 25 Jahre Bankdienst und eine Anzahl Lehrjahre im Geschäftswesen vorausgegangen. Als städtischer Finanzreferent hat Breitner nicht einen Tag Urlaub genommen, tagtäglich hat er um 6 Uhr morgens die Arbeit begonnen und noch spät abends hat er an ihr gesessen. Nun will er nicht solange weiterarbeiten, bis ihm etwa gesagt werden würde, er solle sich doch schonen, weil man eben gemerkt hätte, daß seine Arbeitsfähigkeit nachlasse. Er kann den Rücktritt auch vor seinem Gewissen verantworten, denn das Fundament der sozialistischen Finanzpolitik steht fest wie die gewaltigen Wohnbauten und das umfassende Fürsorgewerk des roten Wien, beide geschaffen und gesichert durch Breitners Finanzierung. Wenn er zum Jahreswechsel den Stadtratsplatz mit dem Gemeinderatssitz vertauscht, von der Führung in die Linie zurücktritt, so kann ein anderer die Arbeit Breitners fortführen.

*

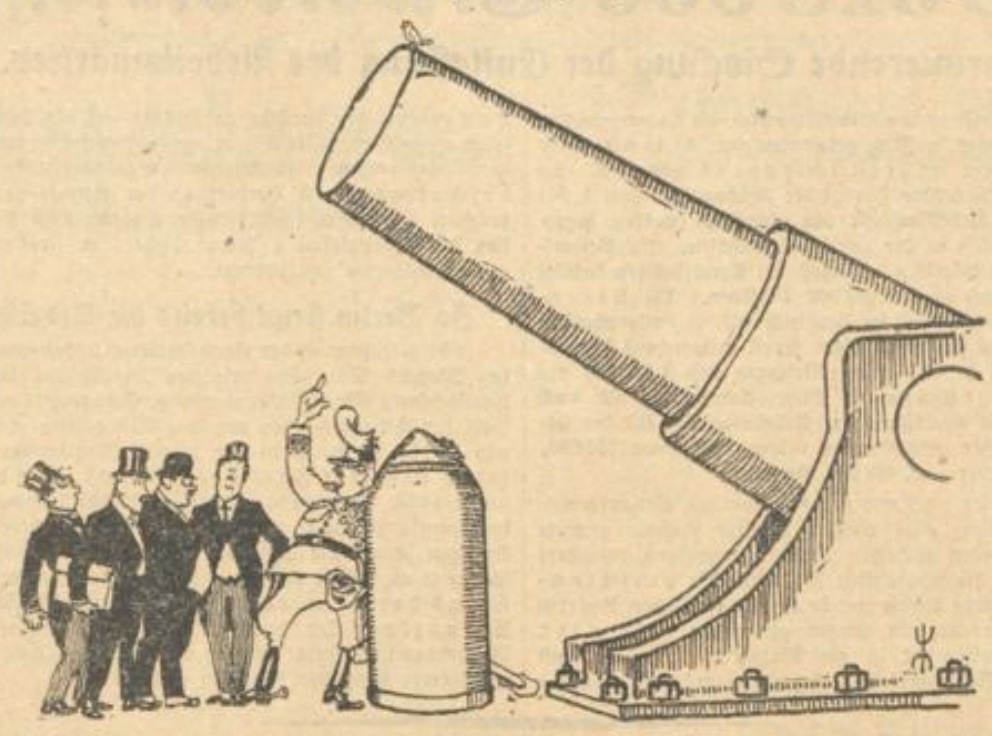
Leopold Kunschak steht schon 40 Jahre in der Politik. Als die Christlichsozialen das verzweifelnde Kleinbürgertum unter dem Rettungsbanner eines lauten Antisemitismus und leiseren Klerikalismus, dabei an den Drähten des Feudaladels und der Kirchenfürsten zappelnd, zum Sturm auf die schwach besetzten Bastionen des Liberalismus sammelten und sich, heimlich schmunzelnd, das antikapitalistische Löwenfell umhingen, da wurde auch eine „christlichsoziale Arbeiterpartei" aufgezogen, um dem unaufhaltsamen Zustrom der Arbeiter zur jungen Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Hauptagitator dieses Unternehmens war Leopold Kunschak. Der Umsturz nach dem Weltkrieg ließ es den längst zur Bürgerpartei gewordenen Christlichsozialen geraten erscheinen, wieder mehr die Volkspartei zu spielen. So wurde Kunschak, der ja auch ein gut Stück Lueger-Tradition verkörpert, Obmann der Christlichsozialen Wiener Parteiorganisation. Auf dem jüngsten Stadtparteitag wurde er zwar wiedergewählt, lehnte aber sofort die Wahl ab. Zur Begründung erklärte er, zu wissen, daß er nicht mehr das Vertrauen vieler Parteigenossen und maßgebender Persönlichkeiten habe; da trete er vom Posten des Feldmarschalls in den des Korpsführers zurück, zu seinen Arbeitern. Obmann wurde Professor Kraffer, der vorher als Referent gegen die Demokratie gesprochen habe, an die doch niemand mehr glaube; „alle wollten längst eine Diktatur, und wenn nur der geeignete Diktator da wäre, hätte man sie schon ..."

So plädierte man für eine künftige Koalition mit den Hakenkreuzlern, wozu auch gehört, daß Herr Kresser die Sozialdemokratie den Erbfeind der Christlichsozialen nannte. Von solchem Tun einer ehemals demokratischen Partei mußte sich der alte Arbeiter Kunschak freilich mit Grauen wenden!

Nazikrach im Roten Rathaus.

Heute trat das neugewählte Wiener Stadtparlament zusammen. Die 5 Nazi-Gemeinderäte kamen mit Lärm- und Pfuirufen in den Saal, wurden aber sofort von der Galerie und von den sozialdemokratischen Gemeinderäten mit derartiger Entrüstung empfangen, daß sie rasch ganz verstört Platz nahmen und kaum mehr wagten, den Mund aufzutun. Einige Male während der Sitzung versuchten sie noch, Schimpfrufe gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister auszustoßen, einmal auch während einer Abstimmung ihr Hitler-Lied zu singen. Jedesmal aber wurden sie von der Mehrheit derartig niederschmetternd mit Entrüstungsrufen zugedeckt, daß sie bald ihr widerliches Spiel aufgaben. Während der Sitzung versuchten die Nazis Straßendemonstrationen. In einer Straße der Innenstadt begannen sie jüdische Geschäftshäuser zu stürmen. Sofort aber kamen die Geschäftsleute heraus und prügelten gemeinsam mit den Passanten die Nazis derartig, daß sie Hals über Kopf die Flucht ergreifen mußten.

Militärische Abrüstungssachverständige.



„Aber ich bitte, meine Herren, dies niedliche Kanönchen ist doch beileibe keine Angriffswaffe. Da nisten sogar die Vögel drin."

Hexenkessel der „Nationalen"

Hitler, Dr. Krebs und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband

Die am Sonntag hier gemeldete Absetzung des Hauptschriftleiters des nationalsozialistischen Hamburger Tageblatts, Dr. Krebs, und sein Ausschluß aus der NSDAP. wären in der Tat, wie Hitler erklären läßt, völlig belanglos, wenn die Angelegenheit nicht durch die verbandspolitischen Zusammenhänge in eine ganz besondere Beleuchtung gerückt würde.

Krebs ist nämlich — und das ist der Kernpunkt — Beamter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Er wird von der Leitung des Verbandes bezahlt und ist lediglich für seine politische Tätigkeit im Interesse der Kaufmannsgehilfen (lies: DHV.) beurlaubt! Er gehört also in eine Reihe mit Persönlichkeiten wie die Hakenkreuzabgeordneten Forster und Stöhr, mit anderen Worten: Krebs war nichts anderes als einer der Exponenten des DHV. innerhalb der NSDAP. Wenn er nun in seiner Erklärung behauptet, daß der DHV. keinen Einfluß auf seine politischen Aeußerungen genommen hätte, so ist das selbstverständlich bärer Unsinn. Dr. Krebs hat in seinem „Hamburger Tageblatt" eben DHV.-Politik gemacht und nichts anderes.

Diese DHV.-Politik aber läuft, wie man weiß, darauf hinaus, Nationalsozialismus und Zentrum unter allen Umständen auf eine gemeinsame politische Linie zu bringen.

Aus begreiflichen Gründen übrigens. Die DHV.-Mitgliedschaft nämlich setzt sich zu etwa 80 Proz. aus fanatischen Nazianhängern, vor allen Dingen in den Jugendabteilungen, zusammen, zu einem geringeren, aber darum nicht etwa bedeutungsloseren Teil, aus katholischen Zentrumsmitgliedern, besonders im Westen des Reiches.

Die Spannungen innerhalb des Verbandes sind, wie man sich bei einer solchen Struktur lebhaft vorstellen kann, zum Zerreißen stark, und die inneren Schwierigkeiten sind riesengroß. Sie wären aber in dem Augenblick behoben, wo es den politischen Regisseuren des DHV. in Hamburg gelänge, das System der parlamentarischen Querverbindungen auch nach der nationalsozialistischen Seite hin auszudehnen und die Brücke über die Kluft zwischen Zentrum und NSDAP. zu schlagen. Sehr verbandspolitische Motive also sind es, die, wie man sieht, hier im Hintergrunde wirksam sind.

Diese DHV.-Politik, die Dr. Krebs auftragsgemäß im „Hamburger Tageblatt" zu vertreten hatte, hat nunmehr freilich kläglich Schiffbruch erlitten. Regierungsrat ohne Dienst Hitler rächt sich überdies jetzt für den Ausschluß des Abgeordneten Forster aus dem DHV. Dieser Hinauswurf war bekanntlich seinerzeit wegen der geradezu unflätigen Beschimpfungen Hindenburgs am 5. März erfolgt, nachdem am 4. März im „Vorwärts" auf die merkwürdigen personellen Zusammenhänge zwischen Forster und dem DHV. hingewiesen worden war. Vierzehn Tage später hatte die Verbandsleitung, obwohl ihr Forsters Aufsatz bekannt war, nicht einen Finger gerührt!

Ueberhaupt biedert sich der DHV. trotz gelegentlichen Theaterdonners in geradezu würdeloser Weise bei den Nazis an. Bringt es doch beispielsweise das Verbandsorgan in seiner letzten Nummer fertig, die „parteiamtliche" Haltung der NSDAP. zur Sozialpolitik und zur Arbeitnehmerfrage dahin zu präzisieren, daß der Nationalsozialismus es als eine Selbstverständlichkeit betrachte, alle sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmerschaft und die ganze soziale Gesetzgebung zu verteidigen. Die Tatsache, daß kein vernünftiger Mensch in Deutschland die „soziale" und arbeitnehmer„freundliche" Haltung der Nazis ernstnimmt, und die Veröffentlichung der vertraulichen NSBO-Richtlinien im „Deutschen", der sich gelegentlich als die eigene Tageszeitung des DHV. bezeichnet, sind bis heute noch nicht zur „Deutschen Handelswacht" vorgedrungen.

Und nun diese Ohrfeige von Herrn Hitler! Wenn der DHV.-Mann Dr. Krebs jetzt mit einem Male von bedrohter Gewissensfreiheit redet, so wirkt das geradezu komisch angesichts der Tatsache, daß der DHV. nunmehr seit Jahren den Hitlerschen Ungeist und Unfug besonders in seinen Jugendgruppen nicht nur geduldet, sondern gefördert hat. Im übrigen wird die Situation für den DHV. noch dadurch erheblich verschärft, daß, wie wir hören, eine vertrauliche Anweisung der NSDAP.-Leitung vorliegt, wonach alle nationalsozialistischen DHV.-Mitglieder zum Austritt aus dem Verband aufgefordert werden.

Gorguloff kein Tschekist.

Widerruf des Hauptzeugen.

Tarbes (Südfrankreich), 23. Mai. (Havas.)

Der hier lebende ehemalige Kosak Lacareff hat dem Polizeikommissar, der ihm Bilder Gorguloffs vorlegte, erklärt, der Dargestellte gleiche nicht dem Mann, für den er ihn gehalten habe. Lacareff hatte gegenüber Pressevertretern in langen Erklärungen behauptet, daß er in Gorguloff einen ehemaligen bekannten Tschekisten wiedererkannt habe. Diese bereits zwei Tage von einem Teil der französischen Presse ausgenutzten Behauptung hat Lacareff gegenüber dem verhörenden Polizeibeamten nicht aufrechterhalten.

Alle anderen Gorguloffs tot.

Moskau (über Kowno), 23. Mai.

Die „Prawda" veröffentlicht eine Meldung aus dem Dorfe Labinskaja, in dem Gorguloff geboren ist, und erklärt, daß die ganze Familie Gorguloff zu den Feinden der Sowjetunion gehörte. Alle Gorguloffs außer dem Mörder seien im Bürgerkrieg getötet worden. Nur ihm sei es gelungen, zu flüchten.

Litauische Pogrom-Polizei.

Der Prozeß von Slobaden.

Kowno, 24. Mai.

Das Kownoer Bezirksgericht verhandelt jetzt über die Ausschreitungen von Polizisten und Schützen gegen die Juden in der Kownoer Vorstadt Slobaden. Von den 17 Angeklagten sind acht Polizisten, vier Kriminalbeamte und fünf Schützenverbändler. Einer der Hauptangeklagten versuchte den Prozeß durch sein Nichterscheinen unmöglich zu machen. Als das Gericht jedoch seine Zwangsvorführung beschloß, meldete er sich zur Stelle. Die Angeklagten verhielten sich bei ihrer Vernehmung außerordentlich herausfordernd und versuchten, die Vorfälle so darzulegen, als ob sie von den Juden überfallen worden wären und in Notwehr gehandelt hätten. Die 29 Geschädigten, darunter ein Mann von über 60 Jahren, behaupten durchweg, daß die Ueberfälle organisiert gewesen seien; die Polizei war an dem fraglichen Tage telephonisch nicht zu erreichen. Ein Polizeibeamter, den einer der Zeugen zu Hilfe gerufen hatte, erklärte diesem, daß die Ausschreitungen von einer bestimmten Stelle der Polizei ausgegangen seien (gemeint ist die Kriminalpolizei). Bei der Zeugenvernehmung kam es wiederholt zu dramatischen Szenen.

Hoovers Hartnäckigkeit.

Keine Notstandsarbeiten — nur Industriesubsidien.

Washington, 23. Mai. (Eigenbericht.)

Präsident Hoover lehnte den Vorschlag auf öffentliche Notstandsarbeiten zur Behebung der Wirtschaftskrise ab. Er begründet diese Haltung damit, daß mit derartigen Notstandsarbeiten die Kreditfähigkeit der Regierung gefährdet werde; man müsse neue Subventionen an die Industrie geben.

Hessischer Etat durch Notgesetz. Die Ungültigkeitserklärung der Landtagswahl hat die hessische Regierung veranlaßt, durch Notgesetz die erforderlichen etatsrechtlichen Grundlagen für die Führung der Staatsgeschäfte zu schaffen. Das Notgesetz, das inzwischen erlassen worden ist, wird dem neuen Landtag bei seinem Zusammentritt sofort zur Bestätigung vorgelegt werden.

Vorschläge für internationale Donaustaatenhilfe soll ein Völkerbundsausschuß erstatten; darin sind vertreten Deutschland (durch Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krosigk), Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Holland und die Schweiz. Dazu kommen Mitglieder des Finanzkomitees des Völkerbundes. — Der Schweizer Bundesrat Musy, Vorsteher des Finanzdepartements, wird den Vorsitz führen.

Der griechische Poststreik ist beendet. Das Personal hat nach dem Rücktritt der Regierung, dessen Ursache übrigens mehr die Opposition gegen das neue Pressegesetz war, die Arbeit wieder aufgenommen.

5675000 Erwerbslose.

Alarmierende Stockung der Entlastung des Arbeitsmarktes.

Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes, die in der zweiten Aprilhälfte endlich stärker in Fluß gekommen war, ist in der ersten Maihälfte bereits wieder äußerst schleppend geworden. So sind nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Reichsanstalt vom 1. bis 15. Mai nur 64 000 Arbeitsuchende neu eingestellt worden gegen rund 197 000 Erwerbslose in der zweiten Aprilhälfte. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern angemeldeten Erwerbslosen beträgt somit am 15. Mai noch rund 5 675 000 Personen. Die Ueberlagerung der Arbeitslosigkeit im Vergleich mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres hat sich gegen Ende April entsprechend der ungünstigen Entwicklung in den ersten Maitagen von 1 340 000 auf 1 146 000 Personen gesteigert. Diese Entwicklung ist auch zwangsläufig, denn die Entlastung des Arbeitsmarktes seit der Erreichung des winterlichen Höchststandes betrug 1931 rund 780 000, im laufenden Jahre aber nur 455 000 Personen.

Die Entlastung wird nach wie vor nur von den Saisonberufen getragen, deren Wirkung aber vielfach dadurch zunichte gemacht wird, daß in verschiedenen wichtigen Produktionszweigen, besonders den Exportindustrien, die Konjunktur sich weiterhin verschlechterte. Das Baugewerbe konnte nur in einigen ländlichen Bezirken etwas aufleben, bleibt aber im ganzen genommen völlig tot.

Dieser Arbeitsmarktbericht ist ein Alarmruf. In dem sonst günstigsten Monat der Frühjahrssaison ist so gut wie gar keine Lockerung des furchtbaren Druckes auf die Armee der Arbeitslosen eingetreten. Die Regierung darf dieser Entwicklung nicht mit dem bisherigen Fatalismus gegenüberstehen. Arbeitsbeschaffung und Verkürzung der Arbeitszeit müssen jetzt in kürzester Frist durchgeführt werden, wenn man nicht erleben will, daß die Arbeitslosigkeit schon wieder im Frühherbst die Sechsmillionen-Grenze überschreitet.

In Berlin steigt bereits die Arbeitslosenflut!

Völlig trostlos ist der Groß-Berliner Arbeitsmarkt um die Mitte des Monats Mai. Im gesamten Bereich des Landesarbeitsamts Brandenburg (Berlin, Brandenburg, Grenzmark) verringerte sich die Zahl der Arbeitsuchenden nur um 3379 gegenüber einer Entlastung von 36 145 Personen in der zweiten Aprilwoche. In Berlin selbst stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 591 956 auf 595 633. Hiervon wurden nur 112 654 Personen durch die Arbeitslosenversicherung, 152 899 durch die Krisenfürsorge unterstützt. Dagegen schwoll die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen auf 298 750 Personen an. Diese erschütternde Zahl spricht wahre Bände für das Elend der Erwerbslosen und zugleich für die ruinöse Finanzlage der deutschen Kommunen, denn so wie es der Reichshauptstadt geht, geht es mit größeren oder geringeren Abweichungen sämtlichen deutschen Städten.

Kann Arbeitsdienst helfen?

Arbeit ohne Recht und ohne Wirtschaftlichkeit.

Der Vorsitzende des Deutschen Baugewerksbundes Genosse Bernhard richtet in der vielumstrittenen Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes in der nächsten Nummer des „Grundsteins" eine eindringliche Warnung an die Oeffentlichkeit.

Seit über einem halben Jahr — so führt Bernhard im wesentlichen aus — wird mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst experimentiert. Seitdem sind mehr als 2100 Arbeiten der verschiedensten Art, allermeist Bodenbewegungsarbeiten von fast 60 000 „Freiwilligen", d. h. von knapp 1 Prozent der Arbeitslosen, ausgeführt worden. Schon spricht man, wie z. B. Minister Treviranus, von einem „Siegeszug dieser behelfsmäßigen Versuche". Die Zulassungsbestimmungen müssen erweitert werden, um „dem Zustrom gerade aus Akademikerkreisen" mehr Rechnung zu tragen.

Die vielen Hunderttausende seit Herbst 1929 arbeitslosen Bauarbeiter, die ihr Handwerk erlernt haben, bleiben auch weiter auf der Straße.

Der Mann der Feder soll mit Schaufel und Pickel, mit Hammer, Säge und Axt ein Spielchen machen, wie einen Nach-Feierabend-Zeitvertreib im Laubengarten. Der Urgrund dieses militärisch-nationalistischen Spiels ist das Ziel des einjährigen Arbeitssoldaten. Herr Treviranus will den Begriff der Zusätzlichkeit bei allen Aufgaben sehen, „die für absehbare Zeit mangels anderer öffentlicher Mittel trotz anerkannter Dringlichkeit nicht zur Ausführung kommen können". Danach dürfte wohl nicht nur in der Bauwirtschaft, sondern in allen Gewerbe- und Industriezweigen, im Bürodienst und in der Landwirtschaft „ausgewechselt", überall dürften dann die einfachen und mechanischen Arbeitsleistungen durch Freiwillige ausgeführt werden. Die Befürworter sehen die Entwicklung bereits heute so: Jede Arbeit — nicht nur Bauarbeit — die nur einer gewissen Uebung, eines bescheidenen Anlernens bedarf, wird im „freiwilligen" Arbeitsdienst ausgeführt.

Mit Lohnsenkung für Arbeit im ordentlichen Arbeitsverhältnis kann dann so weit nachgeholfen werden, daß der Unterschied nicht mehr ins Gewicht fällt.

Herr Treviranus schreibt: „Eine große Sorge war ja bisher die Beschränkung in der Auslegung der „Zusätzlichkeit" und „Gemeinnützigkeit der für den Arbeitsdienst in Frage kommenden Aufgaben. Ich habe nie die Gefahr eines Mißbrauchs gesehen, wenn man die Bodenkulturen, von der Siedlung angefangen über die vernünftige Regelung der Wasserwirtschaft bis zu Wegebauten, als den gegebenen Arbeitsraum ansieht."

So etwas ist einfach unerhört. Das bedeutet eine ebenso unverblümte wie sinnlose Förderung der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter, deren Verdammung zur Dauerarbeitslosigkeit und — da Arbeitsdienst Arbeit ohne Recht ist — glatten Hinauswurf der Bauarbeiter aus dem Arbeitsrecht.

Beim freiwilligen Arbeitsdienst können die Gesetze der Wirtschaftlichkeit keine Beachtung finden. Von einer pfleglichen Behandlung der Stoffe und Geräte durch Nichtfacharbeiter kann keine Rede sein. Falsche Anwendung menschlicher Arbeitskräfte und Fehlleitung von Kapital sind unvermeidlich.

Arbeit im ordentlichen Arbeitsverhältnis ist wesentlich billiger, ganz abgesehen von den günstigen Rückwirkungen ordentlicher Arbeit auf die übrigen Wirtschaftszweige, auf den Staats- und Gemeindehaushalt und auf die Sozialversicherung.

Aber, so wird gesagt, Wirtschaftlichkeit sei Nebensache. Hauptsache bleibt das ethische und erzieherische Moment. Gewiß ist es schlimm bestellt um die Lehrlinge und noch schlimmer um die Ausgelernten. Aber ist die Lage der Aelteren, der Verheirateten nicht noch schlimmer? Sie sind die Sorgenden um die Existenz der ganzen Familie, in den meisten Fällen auch für die jugendlichen Arbeitslosen. Kann man dem Jungen Arbeit geben und den Vater als Zuschauer hinstellen? Die Jugend hat ein Recht auf Arbeit, jawohl, aber die Alten, die Ernährer der Kinder und deren Mütter, haben ein doppeltes, ein vielfaches Recht auf Arbeit.

Was immer wieder besonders stutzig machen muß ist die Tatsache, daß einflußreiche und nationalistische Kreise im „Freiwilligen"

die Vorstufe zur militärisch aufgezogenen Pflichtarbeit sehen.

Die gewerkschaftlichen Errungenschaften auf lohn- und tarifpolitischem Gebiet sind in Gefahr. Den vom Arbeitsdienst ausgehenden Lohndruck werden zunächst die Bauarbeiter zu spüren bekommen, obwohl ihre Löhne in den letzten Wochen bereits einen ungeheuerlichen Abbau erfahren haben. Das Bauen ist jetzt so billig geworden wie keine andere Arbeit, und der Arbeitsdienst wird immer erneut zu immer weiterem Abbau der Löhne des ordentlichen Arbeitsverhältnisses Anlaß geben.

Der Tarifvertrag gibt dem Arbeiter auf die Bedingungen seines Arbeitsvertrages ein klagbares Recht.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist Arbeit ohne Recht;

denn die für ihn maßgebenden Bestimmungen besagen ausdrücklich, daß die Beschäftigung in ihm kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts begründet. Ist aber Arbeit ohne Recht etwa ethisch? Kann Arbeit ohne Recht eine gesunde Arbeitsordnung sein? Wertvolle erzieherische und sittliche Hebung des einzelnen und der Masse ist nur möglich bei Arbeit, die den Jungen wie den Alten Lebensinhalt gibt.

Beschafft Arbeit, aber Arbeit, die dem schaffenden Menschen Recht und Lebensmöglichkeit gewährt.

*

Diesen Ausführungen hätten wir noch einige Bemerkungen anzufügen: Weil sich die Stimmen mehren, die dafür eintreten, daß man den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst nicht einfach den Reaktionären als Versuchsfeld überlassen soll, deshalb darf nicht angenommen werden, daß unsere grundsätzliche Gegnerschaft gegen den freiwilligen Arbeitsdienst nicht mehr besteht. Wir sind nicht nur aus den von Genossen Bernhard angeführten Gründen nach wie vor grundsätzlich Gegner des freiwilligen Arbeitsdienstes. Wir lehnen ihn hauptsächlich deshalb ab, weil er die jungen Arbeitsdienstwilligen von ihrem (meist noch ungenügend erlernten) Beruf entfernt und sie wirtschaftlich noch mehr herunterbringt. Denn der Verschleiß an Wäsche, Kleidern und Schuhen ist notwendig bei grober Arbeit ein großer.

Die Wirtschaftskrise wird durch diese Art Arbeit eher verschärft,

weil der Anreiz zur Kapitalsanlage auf dem Baumarkt völlig verschwinden muß und weil die Kaufkraft in keiner Weise gesteigert wird. Wenn man schon etwas tun will — und schließlich muß etwas getan werden — dann beschäftige man so viel Arbeitslose wie möglich nach den Vorschlägen Professor Lederers, dem bekanntlich auch der Reichsbankpräsident Dr. Luther zugestimmt hat. Hier könnte man eine viel größere Zahl Arbeitsloser als bei dem sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst nach dem Krümpersystem beschäftigen, diesen Beschäftigten damit gleichzeitig das Ziel der wirtschaftlichen Selbsthilfe geben und sie — was sehr wesentlich ist — in ihrem Beruf beschäftigen, ohne deshalb der normalen Arbeit Konkurrenz zu machen.

Diese Arbeit der Arbeitslosen für Arbeitslose würde auch finanziell kein Experiment sein.

Man scheut sich aber offensichtlich daranzugehen, weil diese produktive Arbeit ohne Kapitalisten ein „böses Beispiel" geben könnte. Die katastrophale Unfähigkeit der Kapitalisten, aus der Krise herauszuführen, führt aber zwangsläufig zu dem Schluß: da es mit dem Kapitalismus nicht geht, muß es ohne und gegen ihn gehen.

Zum Ruhrkonflikt.

Schlichtung soll Stillegungen fördern.

Nach Verlautbarungen, die offenbar vom Schlichter selbst stammen — so schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung" wörtlich —, sei mit einer Beibehaltung des starren Lohntarifs im Ruhrbergbau nicht mehr zu rechnen. Auch die Schlichtungsinstanzen würden in einer Auflockerung des Tarifs das Hauptmittel sehen, um erneute Betriebsstillegungen und Bergarbeiterentlassungen zu verhindern.

Nach dieser Mitteilung in dem Organ der Schwerindustriellen scheint man also auch in Regierungskreisen der Auffassung zuneigen zu wollen, den Bergarbeitern müßten weitere Lohnverschlechterungen zugemutet werden, und zwar, um der Gefahr neuer Stillegungen zu begegnen. Wie abwegig, ja, wie grotesk diese Meinung jedoch in Wirklichkeit ist, geht aus folgendem Vorfall hervor:

Die Niederrheinische Aktiengesellschaft als eine Einzelzeche hat nach langen Verhandlungen eine Erhöhung ihrer Verkaufsbeteiligung von 900 000 auf 1,1 Million Tonnen jährlich erreicht. Diese Quote kann die Gesellschaft gegenwärtig nur mit 30 Proz. ansetzen. Die Folge davon ist, daß die Schachtanlage, die über 1700 Menschen beschäftigt, stillgelegt werden soll. Diese Stillegung könnte jedoch verhindert werden, indem die jetzige Beschäftigungsquote von 30 auf 45 Proz., also um 200 000 bis 300 000 Tonnen erhöht würde. Wie erwägenswert diese Möglichkeit ist, geht daraus hervor, daß eine Nachbarzeche, die die gleiche Kohlensorte fördert, auch heute noch mit 70 Proz. ihrer Belegschaft beschäftigt ist. Es liegt also nur an einer geringfügigen Aenderung in der Verteilung des Syndikatsabsatzes, um die drohende Stillegung der Zeche zu verhindern. Statt dessen arbeitete man anscheinend systematisch darauf hin, diese Anlage zum Stillstand zu bringen und die Quote zum Vorteil der übrigen Zechen loszuwerden.

Daraus ergibt sich sehr drastisch, daß es den Unternehmern bei dem Tarifkonflikt im Ruhrbergbau nicht um die Verhinderung von weiteren Stillegungen, sondern nur auf die Zerschlagung des Lohntarifes und eine weitere Verschlechterung der bergmännischen Arbeitsbedingungen ankommt. Wie unter diesen Umständen maßgebende Regierungskreise mit diesen reaktionären Forderungen der Unternehmer sympathisieren können, ist und bleibt absolut unverständlich.

Streikbeschluß der Bauschlosser.

Wie gestern im „Vorwärts" bereits mitgeteilt, hatten die im Metallarbeiterverband organisierten Bau- und Geldschrankschlosser in ihrer Branchenversammlung am Montag einstimmig beschlossen, in den Betrieben des Schutzverbandes Berliner Schlossereien und der Schlosserzwangsinnung eine Streikabstimmung durchzuführen. Den Anlaß zu diesem Beschluß bot ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der neben einem Abbau der Tariflöhne um 5,7 Proz. durch die Aufhebung einer Schutzklausel im Tarifvertrag den Unternehmern die Möglichkeit gibt, die in dieser Branche zum erheblichen Teil noch gezahlten übertariflichen Löhne restlos abzubauen. Diese Mehrverdienste liegen teilweise bis zu 25 Pf. über den Tariflöhnen.

Die Abstimmung, die gestern in den Betrieben vorgenommen wurde, hat, wie wir erfahren, die statutarisch notwendige Dreiviertelmehrheit für den Streik ergeben. Die Maßnahmen, die auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses nunmehr von allen Branchenangehörigen ergriffen werden müssen, werden heute abend von den Vertrauensleuten der Branche beschlossen.

Kohlenhändler wollen noch mehr verdienen.

Deshalb fordern sie ungeniert Lohnabbau.

Nichts zeigt deutlicher als die augenblicklich im Berliner Kohlengroßhandel geführte Tarifbewegung, daß den Abbauforderungen der Unternehmer jede wirtschaftliche Berechtigung fehlt, die Kürzung der Löhne sowie der Abbau der sozialen Bestimmungen der Tarifverträge vielmehr nur verlangt wird, weil das eine große Mode ist, der sich auch die Schlichtungsinstanzen wieder einmal bereitwillig unterworfen haben. Die Löhne der Arbeiter des Berliner Kohlengroßhandels sind seit Juli v. J. von 1,25 M. auf 1,02 M. pro Stunde, also um fast 20 Proz. gekürzt worden. Der letzte Abbau von 1,15 auf 1,02 M. auf Grund der Dezember-Notverordnung war bekanntlich mit dem Abbau der Kohlenpreise begründet. Mit ihren Kohlenpreisen sind die Kohlenhändler seit Januar nicht mehr heruntergegangen; seit Mai wird lediglich der übliche vorübergehende Sommerpreis berechnet, der um 3 bis 4 Proz. unter den Januarpreisen liegt. Die Kohlengroßhändler verlangen aber von ihren Arbeitern einen Preisnachlaß für deren Arbeitskraft von 17 Proz., darüber hinaus noch erhebliche Verschlechterungen des Manteltarifs, wie die Umwandlung der Wochenlöhne in Stundenlöhne, damit die Beseitigung der Feiertagsbezahlung, den Abbau des Urlaubs bis zu 33⅓ Proz., den Fortfall der Zahlung von Zuschüssen zum Krankengeld bei unverschuldeter Krankheit und Betriebsunfällen usw.

Besonders kraß sind diese Forderungen, wenn man sich einmal die augenblicklichen Kohleneinkaufs- und -verkaufspreise vor Augen hält. Den Zentner Braunkohlenbriketts, den das ostelbische Braunkohlensyndikat zur Zeit den Kohlenhändlern für knapp 94½ Pf. fein säuberlich verpackt frei Bahn Berlin liefert, muß der Konsument frei Keller gepackt mit 1,55 M., um 63 Proz. teurer, zahlen. Wenn man auch die Unkosten für Abtransport, eventueller Lagerung — die oftmals wegen direkten Transports vom Waggon zum Abnehmer gar nicht in Frage kommt —, Arbeiterlöhne, Gehälter usw. abzieht, bleibt immerhin noch eine große Verdienstspanne für die Kohlenhändler übrig. Die Forderung der Berliner Kohlengroßhändler nach Lohnabbau ist also in keiner Weise berechtigt. Es ist dringend zu wünschen, daß der Schlichtungsausschuß, der nach den ergebnislosen Parteiverhandlungen am Donnerstag eine Entscheidung in dem Konflikt treffen soll, auch diese Dinge einer kritischen Betrachtung unterzieht und nicht einen Spruch fällt nach dem üblichen „Angleichungs"schema.

Vorbeauschuß der Post- u. Telegraphenbeamten und Anwärter. Versammlung Donnerstag, 20½ Uhr, bei Heiles, Prenzlauer Allee 239 (Ecke Metzer Str. Tagesordnung: „Wie werden wir erfolgreicher für die Partei?" Referent: Genosse Max Heydemann, M. d. L. Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten. Gäste willkommen!

SPD.-Fraktion der Deutschen Niles-Werke, Abt. Weißensee. Fraktionsversammlung Donnerstag, 16½ Uhr im Lokal Holmig, Berliner Allee 192. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen der SPD.-Genossen ist Pflicht. Das Parteimitgliedbuch ist mitzubringen. Der Fraktionsvorstand.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule, Kastanien-Allee 81. Arbeitsgemeinschaft: „Was muß der Lehrling vom Lehrvertrag, Tarifvertrag und den sonstigen Bestimmungen, die das Lehrverhältnis berühren, wissen?" Leiter: Dr. Lewinski. — **Nordost I:** Jugendheim, Danziger Str. 62 (Baracke 3). Arbeitsgemeinschaft: „Der Sprech- und Bewegungschor als Festgestaltungsmittel einer Gemeinschaft." Ref.: O. Polemann. — **Reinickendorf:** Jugendheim, Lindauer Str. 2 (Baracke). Tagespolitische Rundschau. Leiter Schäfer. — **Stralau:** Jugendheim der Schule, Gotzkowskystr. 61. Liederabend. — **Köpenick:** Jugendheim, Dahlwitzer Str. 15 (Gasanstalt am Bahnhof Köpenick). Vortrag: „Die Frau im Beruf." Ref. Ellert. — **Neukölln:** Jugendheim, Böhmische Str. 1—4 (Ecke Kunner Straße). „Der Völkerbund. Sein Zweck, sein Aufbau, sein bisheriges Wirken." Ref. Deekow. — **Südost:** Jugendheim, Manteuffelstr. 7. Vortrag: „Die freien Gewerkschaften im Wirtschaftskampf." Ref. Boer. — **Schöneberg:** Jugendheim, Hauptstr. 15 (Hofgebäude, Sachsenzimmer). Ausspracheabend. — **Charlottenburg:** Jugendheim, Spielhagenstr. 4. Rückblick auf unser Gau-Jugendtreffen in Frankfurt a. O. — **Spandau:** Jugendheim, Lindenufer 1. „Wirtschaftspolitische Tagesfragen". Leiter: Lüdi. — Die Versicherungsgesellschaft „Sorgenfrei" A.-G. tagt heute von 16 bis 18 Uhr im Verbandshaus, Zimmer 24. — Spiele im Freien: Heute, ab 18 Uhr, Sportplatz Humboldthain und Sportplatz Weißensee, Feld 3.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, den 25. Mai 1932, 19,30 Uhr tagen die Gruppen: **Südwestsüd:** Jugendheim, Yorkstr. 11 (Fabrikgebäude). Der Wald und seine Bewohner. — **Schöneberg:** Jugendheim, Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Tarif- und Lehrverträge. — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim, Lindenufer 1. Bub und Mädel. — **Nordring:** Jugendheim, Sonnenburger Str. 29. Die Arbeit unserer Jugendberatungsstelle. — **Weißensee:** Jugendheim Weißensee, Parkstr. 36. Das Jugendprogramm des ADGB. — **Arnswalder Platz:** Jugendheim, Schönlanker Str. 11. Bericht vom Krisen-Kongreß des ADGB. — **Neukölln:** Jugendheim, Berastr. 29 (Hof). Liederabend. — **Flughafen:** Jugendheim, Flughafenstraße 63 (U-Bahn Boddinstr.). Die Mädels wollen auftrumpfen. — **Humboldt:** Jugendheim, Graun-, Ecke Lortzingstraße. Lichtbildervortrag: Vater Zille. — **Schillerpark:** Jugendheim Schule, Schöningstr. 17. RGO. und die Freien Gewerkschaften. — **Tegel:** Jugendheim Tegel, Schöneberger Str. 4. Vom Lokal- zum Zentralverband. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 15. Bunter Abend. — **Ab 18 Uhr spielt der Nordkreis** auf der Spielwiese im Schillerpark. — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes:** Jugendheim, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25. Fachgruppe Friseure: „Moderne Tagesfrisuren." — **Fachgruppe Handels- und Transportgewerbe:** „Ein Streifzug durch die heitere Literatur."

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Atlantik - Müggelsee.

Glatte Landung des Do X. – Jubelnder Empfang.

Unter ungeheurer Teilnahme der Berliner Bevölkerung, von der Tausende und aber Tausende den weiten Weg nach dem Osten nicht gescheut hatten, landete gestern abend um 6,26 Uhr das Riesenflugzeug „Do X" glatt auf dem Müggelsee. Die Landung erfolgte ohne jeden Zwischenfall.

Bereits in den frühen Mittagsstunden begann die Völkerwanderung nach dem Müggelsee. Eisenbahn, Straßenbahn und Sonderwagen mit der Aufschrift „Do X — Rübezahl" schafften ununterbrochen die Menschenmassen nach Friedrichshagen. Auch die Berliner Reedereien hatten alle verfügbaren Fahrzeuge in Dienst gestellt, um dem Ansturm der Schaulustigen gewachsen zu sein. Von Treptow ab setzte auf der Spree dann noch der fast endlose Zug der Paddler, Ruderer und Motorbootfahrer ein, die alle rechtzeitig den Müggelsee zu erreichen suchten. Nachmittags um 3 Uhr war das weite Rund des Müggelsees Kopf an Kopf mit Schaulustigen besetzt. Besonders an den Buchten, die eine bessere Sicht gestatteten, standen die Massen in Zehner-, Fünfzehner- bis Zwanzigerreihen gestaffelt. Wer gestern im glücklichen Besitz eines Bootes war, hatte sich ins Schilf gelegt und wartete geduldig die Stunden hindurch auf die Ankunft des Flugzeuges.

Die Wasserpolizei hatte mit einem großen Aufgebot alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um ein reibungsloses Landen der „Do X" zu ermöglichen. Der gesamte südliche Teil des Müggelsees — das ist die Seite nach den Müggelbergen hin — war abgesperrt. Weiße Pyramidenbojen, auf denen gelbe Flaggen wehten, kennzeichneten die Absperrungslinie. Dazwischen patroullierten unausgesetzt verschiedene Motorboote der Wasserpolizei, die durch rote Flaggensignale und Rufen durch Megaphone vor dem Ueberfahren der Absperrungslinie warnten. Denn längs dieser Linie hatte sich schon in den Mittagsstunden eine unübersehbare „Wagenburg" von Paddel-, Ruder-, Segel- und Motorbooten gebildet. Selbst große Dampfer hatten beigedreht und blieben stundenlang an der Absperrungslinie liegen, um ihren Passagieren das Schauspiel der Landung zu bieten. Neben den schweren, stark bemannten Polizeibooten lagen Feuerlöschboote und Rettungsfahrzeuge bereit, um, wenn nötig, sofort eingesetzt zu werden.

Kurz nach 4 Uhr nachmittags trafen die beiden Regierungsdampfer „Deutschland" und „Mark" mit den offiziellen Persönlichkeiten an Bord auf dem Müggelsee ein. Als Vertreter der Reichsregierung war Minister Treviranus erschienen. Auch Reichstagspräsident Genosse Löbe wohnte der Landung bei. Auf einem Sonderboot des Berliner Polizeipräsidiums sah man die Spitzen der preußischen Polizei. Die in- und ausländische Presse hatte ein von der Luft-Hansa gemieteter Extradampfer der „Wintermärchen"-Klasse nach dem Müggelsee geschafft. Auf dem Verdeck des Dampfers waren die Apparaturen der Tonfilmgesellschaften untergebracht.

Pfeifkonzert und Sprechchöre

Einstweilen mußten die Massen mit den Standortmeldungen des Rundfunks fürlieb nehmen. Nachdem aber die „Do X" um 4,25 Uhr Hamburg passiert hat, steigert sich die Spannung. Als die Regierungsdampfer vor dem Restaurant „Rübezahl", das gestern das Hauptquartier für die Landungsmaßnahmen war, anlegen wollten, begrüßte sie ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert. Schnell stellte sich aber heraus, daß es sich — friedlich, wie gestern alles programmäßig ablief — nicht um eine politische Demonstration radikaler Ungebärdiger handelte, sondern um einen Protest dagegen, daß die Dampfer den Massen die mühselig eroberte gute Aussicht versperrten. Dann donnert es plötzlich tausendstimmig über den Müggelsee „Chaco", „Chaco", „Chaco". Wieder erstaunte Gesichter, bis sich herausstellt, daß mit den Rufen die Lufthansa-Dampfer gemeint sind, die mit ihren Passagieren nicht anlegen, sondern etwa zwanzig Meter vom Ufer entfernt liegen bleiben. Bekanntlich vermochte vor einigen Wochen der argentinische Dampfer „Chaco" ebenfalls nicht, seine Passagiere an Land zu bringen. Auf diese und ähnliche Art vertrieben sich die Tausende von Wartenden auf Urberliner Art die Zeit.

Do X landet glatt.

Kurz vor 6 Uhr begibt sich eine Polizeipinasse in das Absperrungsgebiet. Das Schiff, das eine gelbe Flagge gehißt hat, beginnt mit dem Abbrennen der Landungsfeuer, um Do X die Landrichtung zu zeigen. Dichte knallgelbe Rauchschwaden steigen auf. Inzwischen hat auch die Sonne die regendrohenden Wolken durchbrochen, und spiegelglatt liegt die weite Fläche des Müggelsees von den Augen der Tausenden. Um 6 Uhr kommt der erste Vorbote: ein Landflugzeug. Die Polizei sucht noch einmal die längs der Absperrungslinie liegenden Boote zurückzudrängen. Weitere Flugzeuge tauchen auf, zwei, drei, sechs, acht, dann sind es zwölf, die, zu Geschwadern formiert, ihrem großen Bruder Do X das Geleit zum Müggelsee geben. Kurz darauf folgt die Riesenmaschine. Die Landflugzeuge, selbst große Junkers-Maschinen, nehmen sich geradezu winzig gegenüber der Do X aus. Ihre zwölf Motoren erfüllen die Luft mit lärmendem Surren. Die Spannung der Massen ist auf dem Höhepunkt. Aber noch erfolgt die Landung nicht, erst wird noch eine Runde um den Müggelsee geflogen. Dann setzt das Wasserflugzeug zu einer zweiten an, verschwindet hinter den Müggelbergen, um dann in weitem Bogen von Rahnsdorf her niedriger zu gehen. Als das Flugzeug nur noch wenige Meter über dem Wasserspiegel ist, beginnen alle Sirenen der auf dem See befindlichen Dampfer zu heulen. Ein ohrenbetäubendes, nervenpeitschendes Konzert. Dann spritzt eine gewaltige Gischtwoge auf: **Do X schwimmt bereits auf dem Müggelsee.** Sanft gleitet der große graue Vogel über den See; die Auslaufstrecke ist verhältnismäßig kurz. Do X ist gelandet.

Begrüßungssturm auf dem See.

Nun vermag niemand mehr, keine Polizei, kein Warnen, kein Drohen die Kette der Wassersportler zu halten. Unter brausenden Hochrufen auf die Do X-Besatzung wird die Absperrungslinie einfach durchbrochen, alles sucht so dicht wie möglich an das soeben aufs Wasser gesetzte Flugzeug heranzukommen. Die Besatzung hat die Gondeltüren geöffnet und ist, freudestrahlend über den glücklich beendeten Flug, auf die Tragflächen geklettert. Ein kurzes Winken, dann gilt die erste Sorge den Motoren; sorgfältig werden sie mit Plänen verhüllt. Vom Ufer hat der Regierungsdampfer „Deutschland" losgemacht und steuert Do X zu. Nur mühselig kann er sich den Weg bahnen, da die begeisterten Paddler und Ruderer in Scharen Do X belagern und nicht weichen und nicht wanken. Schließlich bleibt der Polizei nichts weiter übrig, als den See um Do X zu räumen, da auf dem Riesengedränge auf dem Wasser Beschädigungen des Flugzeugs zu befürchten waren. Endlich konnten auch die Motorboote mit den Blumensträußen herankommen, man wechselte die ersten Händedrücke, Minister Treviranus hielt die Begrüßungsansprache. Dann stieg die elfköpfige Besatzung zur „Deutschland" über und fuhr im Auto nach Berlin.

Nur die Massen konnten sich an dem Wunder der Technik nicht satt sehen. Die Do X wurde schließlich nach Friedrichshagen zu abgeschleppt, aber erst als die Sonne hinter Köpenick versank, begannen sich die Menschenmauern zu lichten.

Die Totenliste des „Philippard"

Anklage gegen die Führung des Schiffes.

Paris, 24. Mai.

Die Schiffahrtsgesellschaft Messageries Maritimes veröffentlicht die Liste der seit dem Brande des Dampfers „Georges Philippard" vermißten Passagiere. Danach werden insgesamt 53 Personen vermißt. Von den 53 Vermißten waren 14 Chinesen, die die Reise des Dampfers im Zwischendeck mitmachten.

Die Pariser Presse veröffentlicht den ausführlichen Bericht eines Augenzeugen über die Katastrophe des „Georges Philippard". Danach bestätigt es sich, daß der Brand von der Frau eines Bergwerksingenieurs zuerst entdeckt wurde. Sie machte den Wachoffizier darauf aufmerksam, daß das elektrische Licht plötzlich schwächer werde, und daß auch aus anderen Anzeichen ein gefährlicher Kurzschluß sich erkennen lasse. Dennoch dauerte es dreiviertel Stunden, ehe Alarm gegeben wurde, während lange vorher schon dicker Rauch durch die Gänge und Treppenhäuser drang. Die Augenzeugin lobt die Haltung des unteren Personals, macht jedoch der Schiffsleitung heftige Vorwürfe.

Nazi-Stier durch eigene Schuld getötet.

Folgen der Autoraserei.

Darmstadt, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Der SA.-Führer Otto Stier, der vor einiger Zeit zwei Kommunisten erschossen hat, ohne entsprechend verurteilt zu werden, ist in der Nacht zum Dienstag vom Schicksal ereilt worden. Stier fuhr mit einem Motorrad, auf dem außer ihm noch eine Mitfahrerin saß, mit solcher Geschwindigkeit auf einen vorschriftsmäßig fahrenden Bauernwagen auf, daß Motorrad und Wagen in Trümmer gingen. Die Mitfahrerin war sofort tot. Stier und der Führer des Bauernwagens erlitten schwere Schädelverletzungen. Stier, dem der Unterkiefer und ein Auge herausgerissen waren, ist bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

Zwei Fabriken durch Explosion zerstört.

Zwei Arbeiter getötet.

Paris, 24. Mai.

In Fenzin (Departement Isère) wurden durch eine Explosion zwei Fabrikgebäude völlig vernichtet; zwei Arbeiter fanden dabei den Tod.

Arbeiter ins Wasser gestürzt und ertrunken.

Auf der Eisenbahnbrücke, die an der Klosterstraße in Spandau über die Havel führt, waren gestern nachmittag mehrere Arbeiter beschäftigt. Plötzlich verlor einer der Arbeiter, der 34 Jahre alte Anstreicher Stanislaus Luziana aus der Breiten Straße in Spandau den Halt und stürzte kopfüber ins Wasser. Obgleich sofort Rettungsversuche unternommen wurden und auch die alarmierte Spandauer Feuerwehr längere Zeit die Unfallstelle absuchte, konnte der Verunglückte nicht geborgen werden. Die Leiche des Ertrunkenen ist durch die Strömung offenbar abgetrieben worden.

Selbstmord eines Berliners in der Ostsee.

Vor einigen Tagen wurde am Swinemünder Strand die Leiche eines Mannes angetrieben und geborgen, die zunächst nicht identifiziert werden konnte. Die Leiche wies eine Schußverletzung im Kopfe auf. Die Kugel war in die rechte Schläfe gedrungen und auf der linken Seite wieder herausgekommen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß es sich um den 48 Jahre alten Molkereibesitzer Willi Kuhnhardt aus Berlin-Charlottenburg handelt. Kuhnhardt hat Selbstmord begangen, indem er sich im Wasser stehend den tödlichen Schuß beibrachte.

16

„Das Maul stopfen, aber schnell!" drängt Duba.

„Womit?" fragt Kepka. „Ich hab nicht mal eine Gerte zur Hand!"

„Aber Geld hast du?"

„Ja!"

„Schmeiß raus, soviel du kannst!"

Kepka beeilt sich.

Ein Schwung Silberstücke prallt aufs Pflaster. Ihr Gegrill klingt wie der silberne Schellenbaum bei der Wandlung. Es hat auch die gleiche Wirkung. Alles, was in der Nähe ist, bückt sich zur Erde. Es sieht aus, als neigten sich alle diese Rücken fromm wie vorm Sakrament des Altars vor den Geldstücken, diesen Hostien aus Silber. Doch der Schein trügt. In Wahrheit machen sie sich dreckige Hände; gierig klauben sie den elenden Mammon aus dem Kot der Straße.

„Böhma Böhma Ketzerkopf!"

Kepka wirft eine zweite und dritte Handvoll.

Mörderisches Geräuf entsteht, wo die Silbersaat hintrifft.

Jetzt sind es nicht mehr die Kurrendejungen allein, die sich um Geld in den Dreck werfen, auch Bürgersrücken beugen sich.

„Morna brot a Gans im Topf!"

Der Spottvers wird dünner und dünner, schließlich bricht er ganz ab. Es läßt sich nicht gut singen, den Kopf in der Gosse und Gier in der Kehle.

Die Menge drängt den Reitern nach.

Bis zur Pfalz sind noch hundertfünfzig Schritt. Sie werden mit zwei weiteren Würfen erkauft.

„Gottlob, der Korb wär' gemacht!" sagt Zizka, als er im vorderen Hof der Pfalz aus dem Sattel steigt. Er wirft den herbeieilenden Dienern lässig die Zügel zu.

Doch die Spottstrophe der Kurrendejungen ist nicht untergegangen. Während die böhmischen Herren die Freitreppe hinaufschreiten, hallen bereits die Gassen in der Nähe von dem bläkenden Singsang wider.

Karel, der als letzter die Stufen nimmt, hört ganz deutlich über den Münsterplatz schallen:

„Böhma Böhma Ketzerkopf!
Morna pflärrt der Hus im Topf!
Mag er hila, mag er grina,
Käjt en ina! käjt en ina!"

„Vor zwei Minuten klang es anders", denkt der Knappe. „Respekt vor diesen Konstanzer Lausebengeln! Aenderungstüchtig sind sie!"

Da legt ihm der Beschließer die Hand auf die Schulter.

„Deine Herren sind im Vorzimmer, da, den Gang hinunter, links, die vierte Türe!"

Karel kommt gerade noch zurecht, die etwas brüchige Stimme des Pfalzgrafen beim Rhein zu vernehmen, der, seine borstigen Augsbrauen hebend, die zur Gewohnheit gewordene Frage stellt:

„In welcher Angelegenheit, werte Herren?"

In diesem Augenblick erscheint der König selber in der Tür.

Die Böhmen erkennend, sagt er rasch:

„Laß, Oheim! Die Herren haben sofort Vorlaß. Die Ohren klingen mir, ihr kommt sicherlich wegen Hus. Gestern und heute, nichts anderes als Hus! Hus! Immer nur Hus!"

„Wahr gesprochen, Majestät! Böhmen vertritt heute nur eine Sache: Hus! Hus! Immer nur Hus!"

5.

Wieder zupft Herr Johann von Schwarzach aufgeregt an seinem Krausbart.

„Ist dein Späher verläßlich, Vogt?"

Hans Hagen zuckt ein paarmal ungefüg mit der Schulter, als ob er die Frage abstoßen wollte. Doch Herr Johanns Blick sticht auf ihn ein wie eine Turnierlanze, da gibt es nur ein Draufzureiten, kein Ausweichen.

„Soviel ein solcher Scheurenpürzler verläßlich sein kann, gewiß. Aber, Druck auf die Warze, Bürgermeister, du kennst dich ja nie bis zu End aus bei solch schmierigem Gesindel. Ich hab diese Nummer 19 im Verdacht, als ob sie auf beiden Achseln Wasser trüge. Doch ist das nur ein Verdacht, also Nebel und keine segelnde Wolke. Geht's gut, so kann ich dem Burschen bis spätestens morgen einen vollgewichtigen Beweis an den Hals henken!"

„Wieso?"

„Ich laß ihn nämlich insgeheim selber überwachen. Zwei Schrittzähler hab ich ihm auf die Fährte gesetzt. Die schleppt er hinter sich her, wie der Schafbock die Klette."

Der Bürgermeistr lacht, daß hinter dem schwarzen Vorhang des Barthaars sein Kropf wie ein nacktes Meerschweinchen wackelt:

„Wenn die ehrenfeste Welt wüßte, wieviel Ober- und Untergaunerei not ist, ihre Tugend hübsch brav bei der Stange zu halten!"

Auch der Vogt verzieht sein ledernes Jagdhundgesicht:

„Es ist wie mit einer gebratenen Schnepfe: soll sie schmecken, so müssen tüchtig Dreckmaden im Darm sein!"

„Gut gesagt, das mit den Dreckmaden! Doch, hast du dir überlegt, was willst du gegen die Planung der Böhmen unternehmen?"

„Einen gehörigen Riegel will ich vorschieben!"

„Aber wie?"

„Auf zweierlei Art, Bürgermeister. Die erste ist, wir setzen die böhmischen Herren fest!"

Herr Johann von Schwarzach nimmt erschreckt beide Hände vom Bart und streckt sie gegen den Vogt als zehnfingrige Abwehr:

„Geht nicht, Vogt, geht nicht! Damit brächen wir die Grundlage, auf der das Konzil ruht. Denke doch, wir haben uns seinerzeit Papst und König gegenüber stark gemacht, männiglich, so in unseren Mauern weilt, während der Dauer der Kirchenversammlung an Gut, Freiheit und Leben zu schützen!"

„Hm, das habe ich ebenfalls bedacht. In Verruf darf die Stadt nicht kommen, wenn's auch nur wegen der beschissenen Böhmen wäre! Da müssen wir eben zum zweiten Mittel greifen!"

„Kostet's?"

Bei dieser Frage hängt der Bürgermeister den Kopf schief und schaut ängstlich zum Vogt auf. „Freilich, es kostet!" sagt der.

Herr Johann hält sich am Stuhl fest und winselt mit den Augen, nicht anders, als ob ihm ein Zahnbrecher den spitzen Geißfuß in den Kiefer stieße.

Doch der Vogt beachtet diesen verzweifelten, stummen Einspruch nicht.

„Wir haben dieses Hus wegen schon so tief in den Stadtsäckel gegriffen, daß es auf zwanzig Gulden mehr oder weniger auch nicht ankommt!" (Fortsetzung folgt.)

Im Todeshaus von Fürstenberg.

Lokaltermin im Gubener Giftmordprozeß.

Im Gubener Giftmordprozeß gegen die Lehrersfrau Ziehm ist die Lage der Zimmer in dem Lehrerhaus in Fürstenberg für die Beurteilung der Ereignisse in der Todesnacht ihres 8jährigen Stiefsohnes Hansgeorg von nicht geringer Bedeutung. Eben aus diesem Grunde fuhr gestern, kurz vor 10 Uhr, ein gemietetes Stadtauto mit den Gerichtsteilnehmern, den Angeklagten und den Vertretern der Presse nach Fürstenberg zum Lokaltermin hinaus.

Vor dem Lehrerhause erwartete eine große Menge das Stadtauto. Die frühere Wohnung des Lehrers Ziehm liegt im unteren Stockwerk. Auf dem Bettchen des verstorbenen Knaben liegt noch sein Ball. Die beiden Angeklagten, Mutter und Tochter, zeigen sich unberührt von den Erinnerungen an die Schreckensnacht. Der Vorsitzende unternimmt einen Ueberrumpelungsversuch. „Hier sind wir also im Sterbezimmer des Kindes" sagt er. „Wollen Sie vielleicht hier, Frau Ziehm, Erklärungen abgeben?" Frau Ziehm zögert, als hätte sie die Frage nicht verstanden. Sie will Zeit gewinnen. Der Vorsitzende wiederholt seine Frage. „Ich bin unschuldig" erhält er zur Antwort. „Und Sie, Frau Ladewig?" „Auch ich bin unschuldig." Kein Geständnis von den Lippen der beiden Frauen! Sie stehen im Sterbezimmer des Kindes ebenso kalt und undurchdringlich wie im Gerichtssaal in Guben. Dann erfolgt die Rückfahrt nach Guben.

Die Verhandlung wird wieder aufgenommen. Der Vorsitzende stellt fest, daß nach den Gutachten der Sachverständigen der Tod des Knaben durch chlorsaures Kali verursacht worden ist; er richtet an Frau Ziehm die Frage, zu welchem Zweck sie es in ihrem Haushalt gehabt habe. Sie habe es für sich als Desinfektionsmittel benutzt, gibt sie zur Antwort. Als der Vorsitzende sie darauf aufmerksam macht, daß keine der Apotheken in der Umgegend ihr chlorsaures Kali abgelassen habe, findet Frau Ziehm auch hier die Antwort: Ein unbekannter schwarzer Mann habe ihr in der Drogerie das chlorsaure Kali verkauft. Und wann hat sie das letzte Mal chlorsaures Kali gekauft? Frau Krüger habe es in ihrem Auftrage getan. In der Voruntersuchung hatte sie das fast bis zuletzt entschieden bestritten. Weshalb sie das getan habe, fragt der Vorsitzende. Weil in ihr der Verdacht aufgekommen wäre, Hänschen hätte das chlorsaure Kali selbst genommen, und so sei das Unglück geschehen. Auch eine der sinnwidrigen Antworten der Angeklagten Frau Ziehm!

„Grenzberichte" im Berliner Rundfunk.

Unter dem Titel „Grenzberichte" bringt die Berliner Funkstunde, beginnend mit dem 1. Juni, in 14tägigem Abstand eine neue Reihe, die über das geistige und politische Leben an Deutschlands Grenzen in kurzen authentischen Berichten unterrichten soll. In 20-Minuten-Vorträgen werden von Persönlichkeiten, die im Grenzgebiet beheimatet sind, Ueberblicke über das Grenzlandtum an den verschiedenen Landesteilen gegeben und über die Sender der Funkstunde sowie über den Deutschlandsender Königswusterhausen verbreitet. Der bereits festliegende Plan umfaßt 18 Berichte.

Pastor Cremers Einkommen.

„Nur" seine Pension und monatlich 1000 Mark. – Rund 15000 Mark jährliche Autospesen.

Im Devaheim-Prozeß wurde im Verlauf der gestrigen Verhandlung der Angeklagte Pastor Cremer zu verschiedenen weiteren Punkten vernommen. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen und Zwischenfällen.

Zunächst befaßt sich das Gericht mit dem Vorwurf unrechtmäßiger Verfügungen zum Nachteil der Auslandsanleihe. Der Zentralausschuß für Innere Mission hatte im Jahre 1926 eine Amerika-Anleihe in Höhe von 10½ Millionen Mark abgeschlossen, wofür die Hilfskasse als deutscher Treuhänder fungierte. D. Cremer wird insofern Untreue vorgeworfen, als er auch eine persönliche Schuld des Sachbearbeiters Dr. Libberts im Betrage von rund 140000 Mark zum Nachteil der Auslandsanleihe übernahm. Weiter ist auch mit 10000 Mark von diesem Geld ein großer Chrysler-Wagen bezahlt worden, den D. Cremer Dr. Libberts abkaufte. Die Feststellung dieser Transaktion aus der Anklage leitete über zu der Erörterung der Autospesen des Angeklagten, Pastors D. Cremer. Auf Veranlassung des Vorsitzenden wurde zunächst festgestellt, daß der Angeklagte, Pastor D. Cremer, ein jährliches festes Einkommen von rund 22000 Mark aus Mitteln der verschiedensten Organisationen erhielt. Der Buchsachverständige Grade erläuterte die einzelnen Konten und stellte fest, daß nach einem Beschluß der Evangelischen Versicherungszentrale Pastor Cremer ab April 1929 jährlich 12000 Mark für Autospesen zugesichert waren. Wie aus den Buchungen hervorging, sei dieser Betrag aber überschritten worden.

Im Jahre 1929 seien für Autospesen 15000 Mark ausgegeben worden, im Jahre 1930 16400 und in den ersten sechs Monaten des Jahres 1931 7400 Mark.

Angeklagter D. Cremer: Ich wollte meinen Wagen nicht halten, weil ich schon 18000 bis 19000 Mark persönliche Schulden für das Auto gemacht hatte. Deshalb bewilligte man mir die Unkosten. — Staatsanwaltsschaftsrat Dr. Eichholz: Ich bin doch auch Kraftfahrer; wie kann man denn 18000—19000 M. Unkosten für ein Auto machen? — D. Cremer: „Ich mußte jeden Tag von Potsdam nach Berlin fahren, also 100 km." — Auf Veranlassung des Vorsitzenden erklärte dann der Angeklagte Ernst Wilhelm Cremer, daß er die früheren Wgaen verkauft habe, und zwar einen Protos für 4000 Mark, einen kleinen Horch für 3900 Mark und einen kleinen Chrysler für 3700 Mark. — Vors.: **Da Sie außerdem noch einen großen Horch und einen großen Chrysler hatten, haben Sie also insgesamt sechs Autos in fünf Jahren gehabt.** — Der Sachverständige Grade faßte zusammen, daß in der Zeit von 1929 bis 1931, also in 2½ Jahren einschließlich der Anschaffungskosten für zwei Wagen 60633 Mark Autospesen gemacht worden seien, was erhebliche Bewegung im Zuhörerraum auslöste. — Vors.: Der große Chrysler ist Ihnen zweimal mit 10000 Mark bezahlt worden. Das bestreiten Sie wohl nicht, Herr Pastor Cremer. — Pastor Cremer: Ich habe die zweiten 10000 Mark ausgeliehen, und ich bin in der Lage, die Schuldner nachzuweisen. Durch Ehrenwort habe ich mich aber verpflichtet, die Namen in der Oeffentlichkeit nicht preiszugeben. — Staatsanwalt: Herr Sachverständiger, haben Sie feststellen können, ob die Erlöse für die alten Wagen wieder an die Stellen abgeführt worden sind, die das Geld gegeben haben? — Sachverständiger: Das habe ich nicht feststellen können. — Rechtsanw. Möhring: Der Erlös ist doch für Autospesen wieder verwendet worden. — Staatsanwalt: Haben Sie das aus den Buchungen feststellen können? — Sachverständiger: Nein, das konnte ich nicht. — Staatsanwalt: Ich auch nicht. (Bewegung.) — Als der Beisitzer des Gerichts in diesem Zusammenhang erwähnte, daß also die Autokosten aus Mitteln der Auslandsanleihe, also

indirekt aus Reichsgeldern für die Wohlfahrtspflege bezahlt

worden seien, verwahrten sich der Angeklagte Pastor D. Cremer und sein Verteidiger Dr. Möhring dagegen, daß das Geld für persönliche Zwecke des Angeklagten ausgegeben worden sei. — Pastor D. Cremer: Ich mußte zweimal von Berlin nach Potsdam, um mein Doppelamt überhaupt ausüben zu können. — Beisitzer: Ein Mann, der 22000 Mark Jahreseinkommen hat, wird auch ohne 15000 Mark Autospesen von Potsdam nach Berlin kommen können.

Im weiteren Verlauf äußerte sich der Angeklagte, Pastor D. Cremer, zu seinen Einkommensverhältnissen.

Der Pastor Cremer betonte dann nochmals, daß er keine weiteren Einnahmen als seine Pension und „nur" — so sagte Pastor Cremer — 1000 Mark monatlich von der Hilfskasse gehabt habe, was mit Recht einiges Lachen im Zuhörerraum auslöste.

Der Vorsitzende wollte dann wissen, wozu die Entnahmen verwendet worden seien, die Pastor Cremer von den verschiedenen Geheimkonten erhalten hat. Er erklärte dazu, daß es sich meist um Reisekosten gehandelt habe, die runden Beträge seien Unterstützungsgelder gewesen. — Hierauf wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten, und zwar erklärte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Jasper, daß die Zeugen prinzipiell zunächst alle unvereidigt bleiben sollen, was aber kein Mißtrauensvotum darstellen solle. Als erster Zeuge wurde der Geschäftsführer bei der Hilfskasse, Direktor Liebchen, vernommen, der sich hauptsächlich über die Geschäftsverbindung zwischen der „Hika" und dem Bankgeschäft Rambaum u. Co. äußerte. Die Geschäfte des Bankhauses Rambaum — unter anderem finanzierte man eine Margarinefabrik und machte Grundstücksgeschäfte — schlossen aber mit Verlust ab, so daß im Jahre 1928 wieder eine Trennung erfolgt. Der Verlust, der aus den Geschäften in den Jahren 1923—1928 entstanden war, betrug 1,8 Millionen Mark.

Ferner wurden Konten D. Cremers von der Hilfskasse übernommen, und zwar ein Autokonto in Höhe von 19300 Mark Schulden und ein Hypothekenkonto mit einem Schuldsaldo von 46000 Mark.

Ueber die Geheimkonten, über die Pastor Cremer verfügen konnte, hatte sich der Zeuge, wie er erklärte, keine Gedanken gemacht. Bei der Stellung und Persönlichkeit Pastor Cremers habe für ihn keine Veranlassung dazu vorgelegen. — Der nächste Zeuge war Direktor Voth, der jetzt Mitarbeiter des Konkursverwalters des Devaheim- und Deuzag-Konzerns ist und früher bei diesen Gesellschaften angestellt war. Er bekundete, daß die 20000 Mark, die für das Sanatorium Koblenz von Pastor D. Cremer verwendet wurden, nicht, wie dieser bekundet hatte, aus Gewinnen der Deuzag, sondern **aus Geldern der Bausparer** genommen wurden. Ferner betonte der Zeuge, daß der Angeklagte, Generaldirektor Jeppel, eine Gratifikation von 100000 Mark dafür bekommen habe, daß die Idee der Kapitalbildungsverträge von ihm stammte, mit denen die Deuzag einen Gewinn von 230000 Mark gemacht habe.

Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag, 9½ Uhr, vertagt, und zwar sind zu diesem Tage eine Reihe wichtiger Zeugen geladen, unter anderem Pastor D. Steinweg und Universitätsprofessor Geheimer Konsistorialrat D. Seeberg.

Die Forderungen der Mieter.

Eine Kundgebung des Bundes deutscher Mietervereine.

Der „Bund deutscher Mietervereine E. V., Sitz Dresden", veranstaltete aus Anlaß seiner Bundesausschußsitzung eine Kundgebung, der zahlreiche Vertreter von Behörden, Parteien und Gewerkschaften beiwohnten. Der Vorsitzende Hermann legte dar, daß die Notverordnungspolitik, die das Volk schwer belaste, dem Hausbesitz nur Vorteile gebracht habe. Die von Interessenten ausgestreute Behauptung, daß keine Wohnungsnot mehr bestehe, sei falsch. Noch etwa eine Million Deutscher sei ohne Wohnung. Das Leerstehen so vieler Wohnräume sei auf die Wirtschaftsnot zurückzuführen. Wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sei die Durchführung der Reparaturen, und hierzu müsse der Hausbesitz durch gesetzliche Maßnahmen angehalten werden. Rechtsanwalt Groß-Dresden betonte, daß nicht die Immobilisierung von Vermögen für den Wohnungsneubau maßgebend sei. Den Ausschlag gebe der Umstand, daß ein gesunder Neubau die beste Ankurbelung der Wirtschaft und eine Quelle für Volksgesundheit, Wohlstand und innere Ruhe sei.

In einer Entschließung fordert der Bund deutscher Mietervereine die sofortige Schaffung eines sozialen Mietrechts für alle Mieträume ohne Unterschied, Förderung des Wohnungsbaues und der Siedlung durch Bereitstellung öffentlicher Mittel, Umwandlung der Hauszinssteuer in eine öffentlich-rechtliche Rente unter Erfassung der durch Inflation und Aufwertungsgesetzgebung entstandenen Entschuldungsgewinne des Althausbesitzes und weitere Senkung der Mieten, um Einkommen und Miete in ein erträgliches Verhältnis zu bringen.

Im Rahmen der Tagung traten die Vertreter der preußischen Mieterverbände als Vertreter von 750 preußischen Mietervereinen zu einer Sonderberatung zusammen, um zu den Gegenwartsforderungen der preußischen Mieterschaft auf dem Gebiete des Wohnungsneubaues, der Mietzinsbildung und des Mieterschutzes Stellung zu nehmen. In einer Entschließung an den neu gewählten Preußischen Landtag wird u. a. eine unterschiedlose Senkung der Alt- und Neubaumieten gefordert. Es seien auch gesetzliche Sicherungen dahin zu schaffen, daß Mietsenkungen nicht durch örtliche Steuer- oder Gebührenerhöhungen wieder unwirksam gemacht werden. Der durch die letzte Notverordnung teilweise aufgehobene Anspruch der Mieter auf Rückzahlung geleisteter Baukostenzuschüsse und sonstiger einmaliger Zahlungen müsse gesetzlich gesichert werden. Die steuerlichen Sonderbegünstigungen des Althausbesitzes bei der Hauszinssteuer seien zu beseitigen, desgleichen müsse der Zwischengewinn des preußischen Althausbesitzes an der Hauszinssteuer von jährlich etwa 300 Millionen Mark für die öffentliche Hand erfaßt werden. Der Rechtsanspruch der minderbemittelten Mieter auf Befreiung von der Hauszinssteuer sei aufrechtzuerhalten, und nach den gleichen Grundsätzen seien auch Mietbeihilfen an bedürftige Neubaumieter zu sichern. Die den Mieter ungerechtfertigt belastenden Sonderzuschläge zur Miete hätten keinerlei Berechtigung mehr. **Durch ein Dauermietrecht mit ausreichendem Kündigungs- und Mietzinsschutz müsse der Mieterschaft endlich die Sicherheit für den Bestand ihres Mietverhältnisses gegeben werden.** Eine wirkliche Entlastung der Mieterschaft habe auch zur Voraussetzung, daß alle öffentlichen Unternehmen die überhöhten Tarife für Gas, Elektrizität, Wasser, Verkehr usw. herabsetzen.

Wie wohnt man in Alt-Berlin?

Eine Denkschrift des Vereins für Wohnungsreform.

Drei Jahre ist es her, daß der Deutsche Verein für Wohnungsreform eine Denkschrift über „Die Wohnungsnot und das Wohnungselend in Deutschland" herausgab. Als Fortsetzung dieser Publikation tritt der Verein jetzt mit Unterstützung des Cityausschusses und der Berliner Verkehrsgesellschaft mit einer Schrift von Bürgermeister a. D. Bruno Schwan an die Oeffentlichkeit. Sie heißt „Die Wohnungsverhältnisse der Berliner Altstadt".

Veranlassung zu dieser Schrift waren die Untersuchungen, die Voraussetzung für die Bearbeitung eines neuen Bebauungsplanes für die Altstadt bilden sollen. Den ersten Anstoß hierzu gaben in erster Linie Verkehrsschwierigkeiten. Der Gedanke, mitten durch das alte Berlin eine Entlastungsstraße zu legen, die etwa in der Jägerstraße ausmündet, ist nicht neu. Daß dabei Durchbrüche durch bestehende Viertel und die Beseitigung von Häusern nötig werden, ist selbstverständlich.

In der Denkschrift wird weiter erklärt, es sei nicht zu leugnen, daß leider an verschiedenen Stellen durch pietätlosen Abbruch viel gesündigt wurde. Aber es sei ebenso klar, daß vieles nicht einfach erhalten bleiben könne, weil es alt sei. Die Wohnhöhlen — denn als Wohnungen sind diese zum größten Teil einräumigen Unterkünfte nicht mehr zu bezeichnen — der Waisen-, Parochial-, Petri-, Fischer- und Spreestraße, der Friedrichsgracht, des Nikolai-Kirchplatzes, des Krögels geben einen erschütternden Aufschluß. Abgesehen von der furchtbaren Verschmutzung, dem Zerfall und der Ungeziefferplage herrscht in diesen Althäusern ein Gestank, der vielfach auch daher kommt, daß wegen des Fehlens von Höfen die Müllkästen in den Treppenhäusern stehen. Es müsse begrüßt werden, so heißt es zum Schluß, wenn gleichzeitig eine Sanierung in Angriff genommen werde, die Zuständen ein Ende macht, die nur ertragen werden können, weil heute die Mittel fehlen, um sie schon jetzt aus Gründen der Volksgesundheit zu beseitigen.

Neugierige vor dem Landtag.

In Anbetracht der gestrigen Eröffnung des Preußischen Landtages machte sich schon in den Mittagstunden in der Prinz-Albrecht-Straße, in der Stresemann- und Wilhelmstraße, also rund um das Landtagsgebäude, ein verstärkter Fußgängerverkehr bemerkbar. Schon um 12 Uhr hatten vor dem Landtagsgebäude zahlreiche Neugierige Aufstellung genommen. Die Polizei war mit starken Kräften und Reservekräften vertreten. Kurz vor 2 Uhr erschienen dann die Abgeordneten, die von den Neugierigen mit mehr oder minder freundlichen Zurufen, je nach ihrer Parteizugehörigkeit, begrüßt wurden. Bald darauf ließ Kommandeur Heimannsberg die Straßen räumen, worauf die Gegend um den Landtag mit Postenketten abgesperrt wurde, die nur Personen mit den nötigen Ausweisen passieren ließen. Um 3 Uhr verlief sich die Menge dann wieder etwas, wozu auch der Regen beitrug, die Absperrungen wurden aber in vollem Umfange aufrechterhalten.

13 Nazis in Uniform.

In der Berliner Allee in Weißensee wurden am Dienstag 13 Nationalsozialisten in einheitlicher Kleidung, die im geschlossenen Zuge marschierten, von Polizeibeamten zwangsgestellt. Alle 13 Sistierten wurden der Politischen Polizei übergeben.

Neuer Stratosphärenflug. Professor Piccard hat sich, entgegen früheren Plänen, entschlossen, den nächsten Stratosphärenflug selbst durchzuführen.

Die Entführersuche. Der Senat des USA.-Staates New Jersey bestimmte durch einen Gesetzentwurf, daß die Auffindung der Entführer und Mörder des Lindbergh-Kindes mit 100000 Mark belohnt werden soll.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont
Tube 50 Pf.
Große Tube 80 Pf.

Die Sommerurlaubskarten.

Warum werden die Vorschläge der Presse nicht beachtet?

Ueber die neuen Sommerurlaubskarten mit 20 Proz. Fahrpreisermäßigung, die die Deutsche Reichsbahn ab 1. Juni einführt, werden jetzt die näheren Bestimmungen bekannt.

Die Karten werden für Erholungs- und Urlaubsreisen in der Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober ausgegeben und gelten bekanntlich zwei Monate. Die Geltungsdauer der zwischen dem 16. August und 5. Oktober ausgegebenen Karten endet am 15. Oktober. Eine Fahrtunterbrechung ist auf der Hinfahrt nicht, auf der Rückfahrt dreimal gestattet. Die Karten gelten im allgemeinen nur für die Personenzüge; für Eil-, Schnell-, FD- und FFD-Züge ist der tarifmäßige Zuschlag zu lösen, der in der letzten Zeit um die Hälfte ermäßigt worden ist. Sie müssen spätestens fünf Tage vor dem ersten Geltungstage bei der Fahrkartenausgabe des Abgangsbahnhofs oder in den Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER.) gelöst werden. Vor dem zehnten Tage vor dem ersten Geltungstage kann ihre Lösung abgelehnt werden. Die Sommerurlaubskarten sind nicht übertragbar. Auf den Sommerurlaubskarten, die bekanntlich zur Rückfahrt vom 11. Tage ab gelten, wird der Tag des Reiseantritts, der früheste Rückreisetag und das Ende der Rückreise eingetragen.

Für Privat- und Kleinbahnen, auch für solche, die von der Reichsbahn betrieben werden, gelten die Karten vorläufig nicht.

Trotzdem sich der „Vorwärts" und sehr viele andere deutsche Zeitungen energisch dafür eingesetzt haben, daß die Reichsbahn die unverständliche 200-Kilometer-Grenze und die 11-Tage-Grenze fallen lassen möge, ist bisher leider nichts geschehen. Tausende von Arbeitern und kleinen Angestellten, die nicht mehr als eine Woche Urlaub haben, kommen so um den Genuß der Ermäßigung. Wir schlagen der Reichsbahn vor, die einzelnen Direktionen zu veranlassen, mit sofortiger Wirkung **alle zur Zeit aufliegenden Sonntagsrückfahrkarten als Ferien- und Urlaubskarten mit elftägiger Dauer zu erklären.** Denn überall beginnen gerade jetzt die Urlaube, und Tausende müssen zu Hause bleiben, weil sie zur Zeit die geltenden teuren Tarife nicht zahlen können. Wir hoffen, daß der Brandenburgische Verkehrsverband und der Verband Märkischer Kur- und Erholungsorte sich schleunigst für eine solche oder ähnliche Reform einsetzen, die den Menschen mit geringem Urlaub und magerem Geldbeutel gleichfalls eine billige und gerade ihm besonders notwendige Erholungs- und Urlaubsreise ermöglicht. Im übrigen sollte der Reichsbahn eine volkstümliche Geste wirklich nicht schwer fallen, denn sie gestattet doch, was wenig bekannt ist, den Soldaten der Reichswehr, für den Kilometer nur 1½ Pf. zu zahlen. Die Reichswehrsoldaten fahren also heute am allerbilligsten.

Gymnastik in der Messestadt.

Einen besseren Rahmen als den Terrassengarten des Ausstellungsgeländes am Kaiserdamm konnten die gymnastischen Vorführungen der Steffi-Nossen-Schule wirklich nicht finden. Auf der schönen, grünen Rasenfläche zeigten Frauen und Mädchen — von den ganz Kleinen bis zu den ganz Großen — in einer außergewöhnlich gut klappenden, von keiner Kommandostimme dirigierten Gruppenarbeit all jene körperlichen Lockerungs-, Entspannungs- und Gelenkigkeitsübungen, die speziell bei der werktätigen Frau das notwendige ergänzende Körpertraining bilden. Steffi Nossen will vor allem praktische Gymnastik lehren, das heißt, sie denkt in der Hauptsache an Schülerinnen aus den Reihen der Erwerbstätigen, die ihren Körper durch vieles Sitzen oder vieles Stehen einseitig allzusehr beanspruchen. Unterstützt von Behörden, hat die Gymnastiklehrerin bereits in der Wilhelmstraße einen Uebungskurs eingerichtet und gedenkt, der Fahrgelderspamis wegen, späterhin auch in anderen Stadtteilen Kurse zu eröffnen. Der Kursus kostet bei wöchentlich eineinhalbstündigem Unterricht 3 M. pro Monat.

In launiger Weise wurden die Vorführungen mit einem historischen Rückblick auf das Frauenturnen — Pluderhose und Turnleibchen à la Nachtjacke, verbunden mit unentwegt-heftigem Armeschlenkern und Marschübungen — eingeleitet. Mit einem Ruck wurde aus all den häßlichen Entlein dann eine sonnengebräunte, durchtrainierte Sportmannschaft im praktischen Trikot. Neben der sogenannten praktischen Alltagsgymnastik führte die tänzerische Abteilung der Schule dann noch graziöse Walzer- und Reigentänze vor.

Seht euch eure Führer an!

Dieses zwar oft und keineswegs immer in richtigem Zusammenhang zitierte Wort Bebels kann jetzt in einer ganz anderen Beziehung gebraucht werden. Die Republikanische Werbestelle des Fackelreiterverlages in Berlin W. 15 hat bereits eine große Reihe von Köpfen führender Persönlichkeiten des Sozialismus und der Demokratie in technisch ausgezeichneter Reproduktion als Postkarten herausgebracht, so daß jeder, der es will, sich „die Führer ansehen" kann. In den ersten drei Mappen finden wir die Porträts folgender Persönlichkeiten der Sozialdemokratie: Otto Braun, Carl Severing, Minister Grimme, Paul Löbe, Otto Wels, Hans Vogel, Crispien, Sollmann, Aufhäuser, Peter Graßmann, Leipart, Breitscheid und Fritz Tarnow. Weiter sind folgende Porträts erschienen: Erhard Auer, Max Barthel, Karl Bröger, Eggert (ADGB.), Gellert, Polizeipräsident Grzesinski, Staatsanwalt Dr. Hoegner, Husemann, Dr. Kawerau, Finanzminister Dr. Klepper, Staatssekretär Krüger, Franz Künstler, Dr. K. Löwenstein, Prof. Nölting, Prof. Paul Oestreich, Prof. Radbruch, Dr. Kurt Freiherr v. Reibnitz, Scheidemann, Georg Schmidt, Friedrich Stampfer, Gerhard Stelling, Prof. Wilbrandt, Fritz Wildung. Von bekannten Demokraten und Republikanern sind folgende zu nennen: Hellmuth v. Gerlach, Oberbürgermeister Luppe, General Deimling, Dr. h. c. Robert Bosch, Adolf Damaschke, Minister Hirtsiefer, Prof. Dr. Franz Oppenheimer, Prof. Schücking, Freiherr von Schönaich, Fritz v. Unruh, Dr. Joseph Wirt.

Zeugen gesucht. Passanten, die gesehen haben, wie am Sonntag, dem 17. April 1932, gegen 20.20 Uhr ein 62jähriger Mann beim Ueberschreiten der östlichen Fahrbahn der Belle-Alliance-Straße in Verlängerung der Gehbahn der Bergmannstraße von einem in übermäßiger Schnelligkeit aus Richtung Tempelhofer Feld kommenden Motorrad mit Beiwagen angefahren und dann zum Krankenhaus Am Urban gebracht wurde, werden gebeten, sich dem Sohn des Verunglückten, Herrn Gustav Müller, Berlin-Reinickendorf, Raschdorffstraße 80, als Zeugen zur Verfügung zu stellen. Der rücksichtslose Motorradfahrer entzog sich der Feststellung durch Flucht. Andere Wegebenutzer (Rad- und Motorradfahrer nahmen die Verfolgung auf.

Das Generalkonsulat der polnischen Republik bleibt am 26. Mai anläßlich des katholischen Feiertages „Fronleichnamsfest" geschlossen.

Sonderzüge für die großen Ferien.

Jeder Reisende wird bequem fahren können.

Die Reichsbahndirektion Berlin gibt nunmehr die Verkehrslage der in diesem Jahr von Berlin vorgesehenen Feriensonderzüge und die näheren Bestimmungen über die Bestellung der Fahrkarten usw. bekannt. Die Uebersichtshefte mit sämtlichen Angaben sind bereits erschienen. Sie werden bei den Fahrkartenausgaben und Reisebüros in Berlin zum Preise von 0,20 M. abgegeben.

Unter Berücksichtigung der durch die Sommerurlaubskarten geschaffenen neuen Lage im Sommerreiseverkehr werden Feriensonderzüge — ausgenommen nach Ostpreußen — nur noch zu Beginn der großen Schulferien gefahren, wenn sich der Ferienreiseverkehr von den größeren Plätzen nach bestimmten Richtungen, insbesondere auch von Berlin aus, zwangsläufig auf die ersten Ferientage zusammendrängt. Reisenden, die auf den Antritt ihrer Sommerreise zu Beginn der Ferien angewiesen sind, wird mit diesen Karten die Gewißheit gegeben, pünktlich und bequem befördert zu werden.

Im allgemeinen werden die Abteile der Feriensonderzüge in diesem Jahre nur mit 6 Reisenden besetzt werden. Jeder Reisende erhält wieder eine Anweisung für einen Platz in einem bestimmten Abteil. Eine besondere Gebühr wird hierfür nicht erhoben. Zusammenreisende Personen werden auf Wunsch in einem Abteil untergebracht. Die Züge — insbesondere die nach Bayern — sind teilweise wesentlich beschleunigt worden. Die Ermäßigung auf den Fahrpreis beträgt 20 Proz., im Verkehr mit Ostpreußen 40 Proz. Die Karten gelten 2 Monate. Die Rückfahrt kann innerhalb der Geltungsdauer jederzeit angetreten werden.

Im Interesse einer reibungslosen Abwicklung des Verkaufs können die Feriensonderzugkarten nur schriftlich unter Verwendung der besonderen Bestellkarten bestellt werden, die bei sämtlichen Fahrkartenausgaben und Reisebüros von Ende Mai an kostenlos abgegeben werden. Die ausgefüllten Karten sind durch die Post an die in den Aushängen und im Uebersichtsheft angegebenen Fahrkartenausgaben frühestens zum 9. Juni (Donnerstag) einzusenden.

Im einzelnen sind von Berlin folgende Feriensonderzüge vorgesehen:

Nach München: Am 29. und 30. Juni, am 1. und 2. Juli. Diese Züge werden als Tageszüge gefahren: Anhalter Bahnhof ab 7.30 Uhr, München an 19.15 Uhr. Am 2. Juli außerdem um 23.25 Uhr, am 3. Juli um 16.35 Uhr. — Nach Salzburg-Berchtesgaden: Am 30. Juni und am 1. Juli. Anhalter Bahnhof ab 19.23 Uhr, Berchtesgaden an am folgenden Morgen um 10.00 Uhr. — Nach Oberstdorf-Lindau: Am 30. Juni und am 2. Juli. Anhalter Bahnhof ab 18.00 Uhr, Oberstdorf an 8.51 Uhr, Lindau-Stadt an 9.00 Uhr. — Nach Garmisch-Partenkirchen: Am 1. und 3. Juli. Anhalter Bahnhof ab 18.00 Uhr, Garmisch-Partenkirchen an 7.40 Uhr.

Nach dem Iser- und Riesengebirge: Am 30. Juni, am 1., 2. und 3. Juli. Nach dem Glatzer Gebirge: Am 1. und 3. Juli.

Nach Ostpreußen: Ueber Marienburg am 29. und 30. Juni, am 2., 3., 4., 5., 9., 16. und 23. Juli, am 13. und 14. August; über Deutsch-Eylau am 1., 2., 4., 6. und 10. Juli, am 13. August.

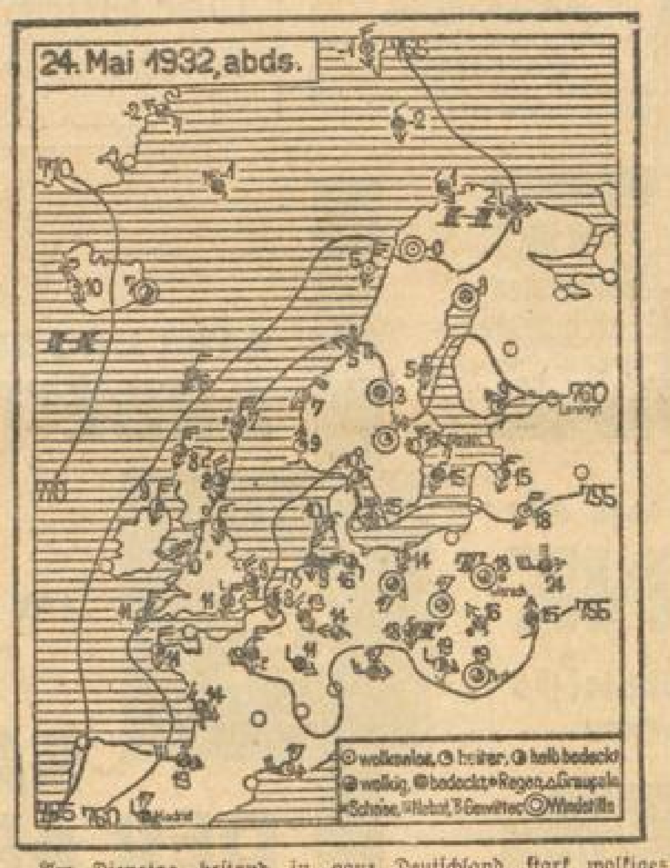
Nach der Ostsee, und zwar nach Misdroy-Köslin am 1., 2. und 3. Juli; nach Swinemünde-Carlshagen-Trassenheide am 1., 2. und 3. Juli; nach Saßnitz-Putbus am 1., 2. und 3. Juli; nach Warnemünde am 30. Juni und am 1. Juli; nach Lauenburg am 1. und 2. Juli.

Nach der Nordsee, und zwar nach Hamburg-Dagebüll am 1. Juli, Lehrter Bahnhof ab 23.20 Uhr, Wyk (Föhr) an 13.45 Uhr, Wittdün (Amrun) an 15.00 Uhr. Nach Hamburg-Westerland am 2. und 3. Juli, Lehrter Bahnhof ab 7.04 Uhr, Westerland an 16.46 Uhr. Nach Bremen-Norddeich (Ostfriesische Inseln) am 30. Juni, am 1. und 2. Juli. Lehrter Bahnhof ab 22.25 Uhr.

Nach dem Harz: Am 1. und 2. Juli.

Die amtlichen Bekanntmachungen über die Feriensonderzüge, die die genauen Fahrpläne und die zu den einzelnen Zügen aufliegenden Fahrkarten sowie die Richtlinien für die schriftliche Bestellung und die weiteren allgemeinen Bestimmungen über den Feriensonderzugverkehr enthalten, werden auf sämtlichen Bahnhöfen des Bezirks Ende dieses Monats ausgehängt werden.

Allgemeine Wetterlage.



Am Dienstag bestand in ganz Deutschland stark wolkiges Wetter mit zahlreichen Regen- oder Gewitterschauern. Die größten Regenmengen fielen in Norddeutschland, wo stellenweise fast zehn Millimeter als Niederschlagshöhe gemessen wurden. In Mitteldeutschland dagegen blieb es teilweise ganz trocken. Die Temperaturen stiegen in Mittel- und Ostdeutschland bis 19 Grad, im Westen und Süden des Reiches dagegen kaum bis 16 Grad. Das mitteleuropäische Tief dürfte auch in den nächsten beiden Tagen das Wetter unseres Bezirkes beherrschen. Daher wird es voraussichtlich weiterhin stark bewölkt sein und auch die Niederschlagneigung bestehen bleiben. Da jetzt an der Nordseite des Tiefs kühlere Luftmassen südwärts vordringen, haben wir noch mit etwas niedrigeren Temperaturen als am Dienstag zu rechnen.

*

Wetteraussichten für Berlin: Meist stark bewölkt, einzelne Regenfälle, noch etwas kühler als bisher, meist schwache Winde aus nördlichen Richtungen. — **Für Deutschland:** In ganz Deutschland stark bewölkt, vielfach leichte bis mäßige, meist schauerartige Regenfälle; im Osten vereinzelt Gewitter, Temperaturen in Mittel- und Ostdeutschland noch etwas sinkend.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Die Bezirksführer sämtlicher Abteilungen werden ersucht, alle Sammellisten mit ihrem zuständigen Abteilungskassierer umgehend abzurechnen.
Der Bezirkskassierer Adolf Holz.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

2. **Kreis.** Erwerbslosenzusammenkunft am Donnerstag, 26. Mai, 16 Uhr, Wildenowstr. 5, Dr. Hans Cohn: „Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Partei und der Gewerkschaften."

13. **Kreis.** Die erwerbslosen Parteimitglieder treffen sich zur Fahrt nach Königswusterhausen Donnerstag, 26. Mai, früh 8½ Uhr, am Bahnhof Tempelhof.

14. **Kreis.** Die Kreisfunktionärversammlung findet am 31. Mai im Lokal „Bergschloßhöhe" statt.

17. **Kreis.** Freitag, 27. Mai, 18½ Uhr, wichtige Bildungsausschußsitzung in der Bibliothek, Weichselstr. 28. Abteilungsobleute müssen pünktlich erscheinen.

20. **Kreis.** Donnerstag, 26. Mai, 15 Uhr, Zusammenkünfte der Erwerbslosen an folgenden Stellen: **Wittenau und Tegel** im Reichsbanner-Bootshaus Tegel; bei schlechtem Wetter an den alten Stellen. Referent: Curt Wiging. **Reinickendorf-Ost** in der Schule Hoppestraße; Vortragende: Friedel Hall. **Reinickendorf-West:** Außenspielplatz: Hans Marx: „Arbeitsbeschaffungsprogramm."

Blindensektion. Freitag, 27. Mai, pünktlich 20 Uhr, bei Schulz, Adalbertstr. 21. Dr. Hans Cohn: „Die Vierzigstundenwoche und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften."

9. **Abt.** Freitag, 27. Mai, Funktionärsitzung bei Hübner, Wilsnacker Str. 24. Wichtige Tagesordnung!

11. **Abt.** Freitag, 27. Mai, bei Niederstraß, Emdener Str. 52, Mitgliederversammlung. Genosse Junge: „England."

107., 110., 111. **Abt.** Heute 20 Uhr im Gemeinschaftshaus der Gartenstadt Mitgliederversammlung. Prof. Nölting, M. d. L.: „Die politische Lage."

108. **Abt.** Freitag, 27. Mai, 20 Uhr, Funktionärversammlung bei Krüger, Schönerlinder Straße 3.

118. **Abt.** Freitag, 27. Mai, Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder im Jugendheim Gunterstr. 42. Genosse Gläser: „Preußische Verfassungsfragen."

128. **Abt.** Heute vor der Mitgliederversammlung wichtige Bezirksführerbesprechung pünktlich 18½ Uhr bei Fulde, Berliner Str. 97. Anwesenheitslisten mitbringen!

143. **Abt.** **Freitag, 27. Mai,** Abteilungsvorstandssitzung mit den Bezirksführern beim Genossen Lehmann.

Frauenveranstaltungen.

14. **Kreis.** Freitag, 27. Mai, 19½ Uhr, Funktionärinnensitzung an bekannter Stelle.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

13. **Kreis.** Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Sitzung der Arbeiterwohlfahrt Freitag, den 27. Mai, Tempelhof, Dorfstr. 42, Sitzungszimmer 1, 19½ Uhr. Abschlußbericht des Gen. Marquardt über die Bezirkswinterhilfe.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Freitag, 27. Mai, 19½ Uhr, dringende Vorstandssitzung (Kreisleiter) im Jugendheim Lindenstraße 4.

Arbeitsloser Genosse aus dem Helfer- oder Elternkreis, **der ein Motorrad mit Beiwagen besitzt,** wird gebeten, sich in der Geschäftsstelle zu melden.

Mitte. Abt. Pappelplatz: Heute Dieckstraße 18 Falkenvollversammlung der Gruppe.

Kreuzberg. Heute 17½ Uhr tagen die Tagesgemeinschaften an den bekannten Stellen.

Steglitz. Die Kreishelferversammlung wird um acht Tage verschoben.

Neukölln. Helferkreis. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, Helfersitzung in der Karl-Marx-Schule. Flötenkursus findet wieder statt am Donnerstag, um 17 Uhr, in der Karl-Marx-Schule.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Abt. 138a. Unser langjähriger, treuer Genosse, der Gewerkschaftsbeamte i. R. August Scholz, Eylauer Str. 36, ist am Sonnabend, 21. Mai, im Alter von 70 Jahren nach 41jähriger Parteimitgliedschaft verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung am Mittwoch, 25. Mai, 20½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Wir bitten um recht rege Beteiligung.

Abt. 168a. Genosse Robert Butzlaer ist am 22. Mai verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung am Freitag, 27. Mai, 15½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Um rege Beteiligung bittet Der Vorstand.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Funktionärkonferenz

Montag, den 30. d. M., 19½ Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamtes Kreuzberg, Yorckstraße 11. Thema: „Die politische Situation". — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Proletarisches Orchester der SAJ.: 2. Musizierstunde am Freitag, 27. Mai, im Saalbau Neukölln, Bergstr. 147. Einlaß 19 Uhr, Beginn 19½ Uhr pünktlich. Eintritt 30 Pf. — Karten sind im Sekretariat erhältlich. — Heute, pünktlich 19 Uhr, Generalprobe im Zeichensaal der Rütli-Schule, Neukölln, Rütlistr. 41/42.

Heute, Mittwoch, 25. Mai, 19½ Uhr:

Gesundbrunnen NF: Koloniestr. 8, 2. Hof, Aufg. V, IV: „Unsere Stellung in der Berufsschule" — **Anbersplatz** 1: Besuch der Mitgliederversammlung der 32. Parteiabtlg. — **Frankfurter Viertel:** Frankf. Allee 307: Bunter Abend. — **Warschauer Viertel NF:** Sport im Friedrichshain. — **Spandau:** Lindenufer 1: „Tagespolitik" — **Tempelhof:** Götzstraße. „Unsere Pfingstfahrt." — **Adlershof:** Bismarckstr. 1. „SAJ. u. Jugendbewegung." — **Bohnsdorf:** Wachtelstr. 1. 10-Min.-Referate. — **Falkenberg:** Gutshof. „Die Jugend im Faschismus." — **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 87: „Sozialistische Erziehung im Elternhaus." — **Rudow:** Adolfstr. 23. „Arbeitsbeschaffungsprogramm." — **Lichtenberg-Mitte:** Dolziger Str. 22: „Materialistische Geschichtsauffassung." — **Lichtenberg-Nord:** Gunter-

12 Stck 40 ₰ Gold Dollar Zigaretten 3⅓ ₰

straße 44. Literaturabend. — **Mahlsdorf:** Melanchthonstr. 65. Mitgliederversammlung. — **Lichtenrade:** Schule Roonstr. „Das Kommunistische Manifest." — **Neu-Lichtenberg:** Sportabend. — **SSG. Neukölln:** KWG. 19—21 Uhr: Bunter Abend und Fahrtenbesprechung.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Alle an einer Ferienfahrt oder auch Radfahrt interessierten Genossen kommen um 20 Uhr zu einer Besprechung nach dem Heim, Sonnenburger Str. 20.

Werbebezirk Neukölln: Sprechstunde in der Ganghoferstr., 18—19½ Uhr. Alle Abrechnungen (Arbeiter-Jugend-Informationen und SAJ.-Plaketten) müssen vorgenommen werden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Mitte (Orton.) Donnerstag, den 26., 19.30 Uhr, Guttemplerloge, Lindenstr. 121, Saalschutz. — **Friedrichshain**, Kameradschaft Stralau: Mittwoch, den 25., 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wertaua, Hohenlohestraße 3. Referat. — **Kreuzberg**, Zug VIII: Achtung, Kameraden des Görlitzer Viertels. Gründungsversammlung der Unterabteilung des Zuges VIII am Donnerstag, den 26., 20 Uhr, bei Eichholz, Cuvrystr. 23. Ref.: Kam. Bathke. — **Charlottenburg**, Kameradschaft Rathaus: Donnerstag, den 26., 20 Uhr, Verf. bei Reimers, Wilmersdorfer Str. 21. Ref.: Kam. Pol.-Major Ende, „Aktuelle Tagesfragen". — **Reinickendorf** (Orton.) Freitag, den 27., 20 Uhr, Vollversammlung im Bootshaus Tegel, Uferstr. 1. Vortrag des Bezn. Gauvorf. Kam. Dr. Nowack über die zukünftigen Aufgaben des Reichsbanners.

Polizei-Sport-Verein Berlin e. V. Abteilung Einheitskurzschrift. Regelmäßige Uebungsabende an allen Wochentagen, außer Sonnabends, im Polizei-Schulgebäude, Hannoversche Str. 28/30, 2. Stock, Zimmer 10. Anfänger-, Fortbildungs- und Redeschriftkurse. Auch für Zivile. Beginn des Unterrichts abends 7.30 Uhr.

Bund republikanischer Beamter. Hauptversammlung Mittwoch, den 25. Mai, 20 Uhr, im alten Askanier, Anhalter Str. 11.

Freie Arbeiter-Stenographenvereinigung Groß-Berlin. Reichskurzschriftkurse für Fortgeschrittene. Norden I: Jugendheim Wildenowstr. 5 (nahe Bahnhof Wedding), 150 bis 220 Silben Debattenschrift, jeden Freitag. — Norden II: Jugendheim, Seestr. 57 (Ecke Turiner Str.), 50 bis 100 Silben, jeden Montag. — Neukölln: Jugendheim, Danziger Str. 62, Anfängerkursus in Debattenschrift, 100 bis 140 Silben, jeden Dienstag. — Neukölln: Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 209/210, 50 bis 100 Silben, jeden Dienstag, 140 bis 220 Silben Debattenschrift jeden Donnerstag, 100 bis 140 Silben jeden Freitag. — Beginn sämtlicher Kurse 19½ Uhr. Beitrag 1,50 Mk. für Erwachsene, 1,— Mk. für Jugendliche, 50 Pf. für Erwerbslose, 10 Pf. für Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger monatlich. Alle Schriftgenossen und Freunde unserer Bewegung laden wir hiermit zu der am 5. Juni stattfindenden Dampferfahrt herzlich ein. Karten sind noch bei den Kursusleitern erhältlich. Weitere Auskunft erteilt gegen Einsendung einer 8-Pf.-Briefmarke Otto Wenghofer, Vorsitzender, Velten i. M., Wilhelmstr. 10a.

Freie Kanu-Union Groß-Berlin e. V. Mittwoch, 25. Mai 1932, 18 Uhr, Gang durch „Alt-Berlin". Treffpunkt 18 Uhr, Normal-Uhr Königstraße (Rathaus).

Arbeitsgemeinschaft der Berliner Photofreunde des AfA. Mittwoch, 25. Mai 1932, 18 Uhr, Gang durch „Alt-Berlin", Treffpunkt 18 Uhr, Normal-Uhr, Königstraße (Rathaus).

Arbeitsgemeinschaft prol. Volkstanzkreise. Wir eröffnen am Mittwoch, dem 25. Mai, um 19.30 Uhr im Treptower Park, Wiese 4, am Karpfenteich, unsere Volkstanzabende im Freien, und laden hierzu ein. Anläßlich der Berliner Sommerschau, Sonne, Luft und Haus für Alle, veranstaltet der Deutsche Jugendherbergsverband am Donnerstag, dem 26. Mai, um 17.30 Uhr, unter unserer Leitung auf dem Freigelände der Ausstellung, und zwar der herrlichen Spielwiese, ein Volkstanzfest. Wir treffen uns um 17 Uhr an der Torstraße vor der Ausseinfahrt. Teilnehmerkarten sind kostenlos in den Kreisen, auf dem Tanzabend in Treptow und am Treffpunkt zu haben.

Sozialistische Freikörperkulturbewegung im Verband Volksgesundheit. Donnerstag, den 26. Mai, abends 19½ Uhr unter Leitung der Körperkulturschule Adolf Koch öffentliche Kundgebung: Rasse — Nacktheit — Nationalsozialismus. Es sprechen die Genossen Dr. med. Hans Graaz, Dr. phil. Siegfried Kawerau, Adolf Koch. Nationalsozialistische Lehrer und Aerzte sind schriftlich eingeladen und haben Erscheinen zugesagt. Einlaßkarten eine Stunde vor Beginn, sowie vorher Friedrichstraße 218 (Schulbüro bis 11 Uhr abends). Geschlossene sozialistische Abteilungen 0,10 Mk. pro Person, Jugendliche und Arbeitslose 0,30 Mk., sonst 0,60 Mk. Der gesamte Reinertrag ist für die Kinderspeisung arbeitsloser Genossen auf dem Freikörperkulturgelände, Stadtwaldsee Gelchow, bestimmt.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater

Mittwoch, den 25. Mai

Staatsoper Unter den Linden

20 Uhr

Ein Maskenball

Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt. 20 Uhr **Der Liebestrank**

Schiller-Theater Charlottenburg. 20 Uhr Zum 1. Male **Abschied von der Liebe**

Winter Garten

8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.

Trude Hesterberg. Fischer-Köppe. Cläre Eckstein-Truppe. Bil & Bil. 2 Franks. Junetros & Elsie. 12 Deblars. Arthur Heil. Luella Paikin. Julius Kuthan. Mario Saletzki usw.

Haus Vaterland Kurfürst 9490

Das Vergnügungs-Restaurant Berlins

Betrieb Kempinski

SCALA

Tägl. 5 u. 8½ Uhr HANUSSEN LA JANA-DOLIN usw.

Städt. Oper Charlottenburg Bismarckstraße 34.

Mittwoch, 25. Mai Turnus IV Berliner Kunstwochen

Die Entführung aus dem Serail

Perras a. G., Elsinger, Fidesser, Andresen, Gombert, Reiff a. G.

Anfang 20 Uhr Ende 22.45 Uhr

PLAZA

Rose Schles. Bhf. ... 8½, Sbg. 2, 5, 8½ ... E 7 Weichs. 4001

Die Dubarry

Lessing-Theater

Täglich 8¼ Uhr

Madonna wo bist Du?

Erika v. Thellmann, Genia Nikolajewna, Theodor Loos, Josef Wedorn

GROSSES SCHAUSPIELHAUS Täglich 8 Uhr

Die schöne Helena

MAX REINHARDT INSZENIERUNG

Noch 7 Vorstellungen

Volksbühne Theater am Bülowplatz

8¼ Uhr

Sturm im Wasserglas

Mein **Kapitän-Kautabak** schmeckt mir doch am besten!

Deutsches Theater

Die 8¼ Uhr

Journalisten

Lustsp. nach Gustav Freytag von Felix Joachimson Musik: Theo Mackeben Regie: Heinz Hilpert

Rose-Theater

Große Frankfurter Straße 132 Tel. Weidmannslust E 7 3422

8.30 Uhr

Weekend im Paradies

Gartenbühne 5.30 Uhr

Konzert u. Varieté Zigeunerliebe

Geschäftsnummer: 147. B. 316. 30/24.

Privatklagesache

des Geheimen Finanzrates Dr. Alfred Hugenberg, Rohrbrakeu b. Rinteln a. W., Privatklägers,

gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts", Dr. Kurt Geyer, Berlin-Tempelhof, Angeklagten, wegen Beleidigung.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte, Abteilung 147 in Berlin, hat am 13. Dezember 1930 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen übler Nachrede durch die Presse zu 500.— RM. Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle für je 25.— RM. zu einem Tage Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, den anerkennenden Teil des Urteils binnen eines Monats nach Rechtskraft auf Kosten des Angeklagten einmal im „Vorwärts" bekannt zu machen.

MÜNZEN kauft BALL—Berlin **MÜNZEN-handlung** Wilhelmstraße 44 Gegr. 1857

Aparte **Frühjahrsmäntel u. Kostüme** zu ganz besonders niedrigen Preisen **Maßanfertigung** spez. für starke Damen! **Paul Linck** Damenmäntel-Fabrik. und Hdlg. Neukölln, Reuterstr. 63, a. d. Kaiser-Friedrich-Str.

● Willst du reisen? — Ja!
Kannst du reisen? — Nein!

Denn Reisen ist teuer, und dein Geldbeutel ist leer. Aber eines kannst du gewiß tun: das neue Reisebuch des Bücherkreises lesen:

Erich Grisar: **Mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa**

Bilder und Berichte. Mit vielen Fotos. Großformat. Halbleinen.

Kein Buch für romantische Träumer und Schönheitssucher, sondern für Gegenwartsmenschen, die wissen wollen, wie die Völker jenseits unserer Grenzen arbeiten und leben.

Preis nur 4.30 RM (für Mitglieder Sonderpreis) Verlag Der Bücherkreis GmbH, Berlin SW 61

Zu beziehen durch:

Der Bücherkreis G. m. b. H.

Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

August Beunewitz

geb. 16. September 1851, am 21. Mai gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 26. Mai, 18 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Am 22. Mai 1932, morgens 7 Uhr, verschied sanft nach kurzem Krankenlager unser lieber Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater

Robert Butziger

im 87. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen
Max Heber und Frau geb. Butziger.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 27. Mai, 13½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Fordern Sie Probenummer des **VOLKSFUNK** kostenlos durch die Botenfrau des „Vorwärts"

BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER

IST DIE

BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, AG BERLIN

Zentrale: S 14, Wallstraße 65

Depositenkasse: SW 68, Lindenstraße 3

Kapital und Reserven: 15,3 Mill. RM.

Ihren Urlaub

im schönen Thüringer Walde
im herrlichen Erzgebirge
in stimmungsvoller Heidelandschaft
im märkischen Seengebiet

in den Heimen der ADEFE

Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H.

Sitz Jena, Marienstr. 4 — Prospekte gratis

Nordseebad Tönning

die herrliche Sommerfrische, die sich jeder leisten kann.

Sonniger Südstrand, gute Unterkunft, reichliche Verpflegung, Pension von 3 RM. ab, **keine Kurtaxe.** Führer und Wohnungsnachweis durch die **Badeverwaltung, Markt 11.**

Genossen, kommt an den Rhein!

Pension Basquit

Bacharach a. Rh., Auf der Mauer Ganze Pens. 4,50 M. Bad im Hause Zim. m. Frühst. 2,25 M. **Rheinterrasse**

Ostseebad Misdroy

Villa Wald und See

1 Min. von Strand u. Hochwald
Vorzügl. Verpflegung. Vor- u. Nachsaison 4.— M. und 4.50
Hauptsaison 5.— M. und 5.50
Keine Zuschläge

Bad Elster

Kurheim Villa Jugel

für Parteigenossen und Republikaner Pauschalkuren, billigste Preise. Ruf 112. **Alwin Jugel.**

Garten-Möbel Bis zu 18 Monats-Raten **Raddatz** Berlin W 8, Leipziger Str. 122-123

Parteigenossen finden freundl. Aufnahme, sehr gute Küche (5 Mahlzeiten), Garten mit Liegewiese direkt am Hause, nahe Wald und Bahnstation. Schwimmbad vorhanden. Pension 3,25 täglich, keine Nebenkosten. **Albert Karges, Luftkurort Harrichausen (Harz).**

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg 5

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands

Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RM. Versicherungssumme, 150 Millionen RMark Vermögen, davon Eigentum der Versicherten:

Prämienreserve: über 100 Millionen RMark
Gewinnanteile: 32 Millionen RMark
zusammen über 132 Millionen RMark.
Versicherungsleistungen: rund 12 Mill. RMark seit November 1923 (Ende der Inflation)

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Berlin S 42, Ritterstraße 126; Berlin-Mariendorf, Rathausstraße 93, pt.; Berlin-Köpenick, Bahnhofstraße 34; Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 122; Berlin-Reinickendorf-Ost, Schönholzer Weg 39; Berlin-Pankow, Gaillardstraße 26; Berlin-Spandau, Gödelstraße 5, pt., oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57—61.

KLEINE ANZEIGEN

Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf. Wiederholungsrabatt: 5 mal 5 %, 8 mal 7½ %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluß 10 %, 2000 Worte 15 %, 4000 Worte 20 %. Annahme durch den Verlag, Lindenstraße 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen u. -Ausgabestellen sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Linoleum Seiffert, Koloniestraße 9.

Kochherde jeder Art u. Größe, Riesenauswahl. Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Oefen, Kesselöfen. Die alte Firma Semmler u. Blenberg, Dresdenerstraße 90. Jannowitz F 7. 8631.

Teppichhaus Emil Lefèvre, Berlin, seit 49 Jahren nur Oranienstraße 158. Zahlungserleichterung ohne Aufschlag. Spezialkatalog kostenfrei.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Lowicki verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe, Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt. Keine Lombardware. Prinzenstraße 105, eine Treppe.

Hosen für Zimmerer und Maurer. Wilhelm Bahr, Brunnenstraße 78.

30,— und weniger kosten wenig getragene, hochelegante Maßgarderoben, Schenkels Herrenmoden, Frackverleih, Friedrichstraße 116, Eingang Elsasser Straße

Möbel

Jetzt kaufen! Schlafzimmer Nußbaum 250.—, Schlafzimmer Gelegenheitskauf 190.—, Küchen 95.—, Nußbaumschrank 35.—, Wäscheschrank 18.—, Herrenzimmer, fast neu, 225.—, Nachtschrank 10.—, Reizendes Schlafzimmer, Birke, 375.—, Metallbett, gebraucht, mit Auflage, 11.—, Speisezimmer, gebraucht, 175.—. Auch Teilzahlung. Schrager, Kastanienallee 45 (Auf dem Hofe).

Patentmatratzen „Primissima" Metallbetten, Auflegematratzen, Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden

Polsterstühle 4,50, Armlehnsessel, Tische, billig, Ratenzahlung. Stuhlfabrik, Große Frankfurter Str. 10.

Schlafzimmer 250.— bis 1100.—, Dielengarnitur 19.— bis 90.—, Kamerling, Kastanienallee 36 (Ecke Fehrbellinerstraße).

Küchen Küchen direkt an Private ab Werkstatt. Küchen-Masserer, Warschauerstraße 58—59, Fabrikgebäude, gegenüber Hochbahn und Stadtbahn.

Musik-Instrumente

Spottbillige Markenpianos, Gelegenheiten. Lehmann, Klavierbauer, Alexanderstraße 37.

Einkpianos, Mietpianos überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 85.

Pianos, 100.—, 150.—, 300.—, Bechsteinpiano, billigst, gebrauchte. Pianohaus Prinzenstraße 90.

Mietpianos, Kaufgelegenheit, kreuzsaitiges, 280.—, Bahrt, Hauptstr. 1, Schöneberg.

Garten, Laube und Balkon

Drahtzäune, Drahtgeflechte, sehr billig. Wackernagel, jetzt Niederschönhausen, Blankenburgerstraße 16.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber Zinnmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 29, Seitenstraße Adalbertstraße.

Vermietungen

Neubauwohnung, Zimmer, Küche, Korridor, gemeinsames Bad, 38.—, 1½ Zimmer, Bad, Balkon, 54.—, 2 Zimmer 60.—, 2½ Zimmer 70.— Mark sofort. Friedrichsfelde, Deibeckstraße 17.

Die Sprengung des Kapitalismus.

Ein wichtiges Buch und einige Ueberlegungen dazu. / Von Georg Decker.

Das kapitalistische System scheint sich immer stärker und trostloser in seinen eigenen Widersprüchen zu verwickeln. Dieser Zustand des Kapitalismus wird heute auch von denjenigen festgestellt, die immer noch im Kapitalismus das beste Wirtschaftssystem sehen. Diese Freunde des Kapitalismus sagen freilich, daß man wenigstens in Deutschland keinen „richtigen" Kapitalismus mehr hat, sondern einen „verfälschten" oder einen „Scheinkapitalismus". Namentlich in Deutschland soll der Kapitalismus schon „seit langem zu einem Scheinkapitalismus geworden" sein. Merkwürdigerweise gehörte aber gerade dieser deutsche Scheinkapitalismus zu den erfolgreichsten und verstand es, sich eine überragende Weltgeltung zu verschaffen.

Was heute von den inneren Widersprüchen des kapitalistischen Systems gesagt wird, ist meistens völlig richtig. Der Kapitalismus zeichnete sich aber immer durch diese inneren Widersprüche aus, und jede Krise war der zugespitzte Ausdruck dieser Widersprüche der wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus.

Die inneren Widersprüche erschienen sogar als eigentliche vorwärtstreibende Kraft der kapitalistischen Entwicklung.

Indem sie ständig entstanden und immer wieder gelöst werden mußten, gaben diese inneren Widersprüche dem Kapitalismus seinen Charakter eines beweglichen und auch ungemein entwicklungsfähigen Wirtschaftssystems. Der Kapitalismus bleibt seinem Wesen treu, wenn sich aus ihm immer schärfere Widersprüche entwickeln, und, solange sie durch die dem Kapitalismus eigenen Mittel überwunden werden können, führen sie zur Fortentwicklung der Produktivkräfte und zur neuen kapitalistischen Machtentfaltung.

Anders wird es erst dann — und so scheint es heute —, wenn die Lösungen nicht mehr im Rahmen der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit bleiben können, wenn vielmehr Maßnahmen erzwungen werden, die im Widerspruch zu dieser Gesetzmäßigkeit stehen. Erst dann kann davon die Rede sein, daß der Kapitalismus durch seine inneren Widersprüche allmählich gesprengt wird. Es ist deshalb für uns jetzt eine außerordentlich wichtige Aufgabe, zu prüfen,

ob innerhalb des Kapitalismus neue ihm wesensfremde Gesetzmäßigkeiten entstehen,

ob der Zwang zu den Maßnahmen, die in ihrer Weiterverfolgung zur Sprengung des Kapitalismus führen müssen, vorhanden ist und nicht mehr beseitigt werden kann. Wird diese Frage bejaht, so bedeutet das, daß unser Wille zum Sozialismus eine mächtige Unterstützung in den objektiv vorhandenen Verhältnissen unserer Zeit bekommen hat. Einen wertvollen Beitrag zur Behandlung dieses Problems liefert jetzt Genosse Otto Leichter-Wien mit seinem Buch „Die Sprengung des Kapitalismus. Die Wirtschaftspolitik der Sozialisierung" (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung).

Nachdem im ersten Kapitel des Buches die Entwicklungstendenzen des heutigen Kapitalismus geschildert sind, unternimmt Leichter den Versuch, die neuen Wirtschaftsgesetze herauszuarbeiten, die sich schon im Kapitalismus geltend zu machen und die wichtigsten Wirtschaftsgesetze des Kapitalismus aufzuheben beginnen. Leichter nennt vier solcher „Gesetze" oder

„vier Gruppen von Tendenzen zur Umformung und Veränderung des kapitalistischen Wirtschaftsablaufes":

1. Die Tendenz zur solidarischen Planmäßigkeit im Gegensatz zum herrschenden kapitalistischen Gesetz, nach dem „die Verteilung der Güter nach dem durch den Klassengegensatz gegebenen Antagonismus" erfolgt. (Als Anlaß zur neuen Gesetzmäßigkeit könnte man z. B. bewußte Maßnahmen zur Steigerung der Massenkaufkraft ansehen);

2. die Einschränkung der kapitalistischen Profitrechnung: „An die Stelle der privatwirtschaftlichen Profitrationalität tritt als neuer Maßstab für den wirtschaftlichen Erfolg der Produktion die gesellschaftliche Rationalität, die an der besten und zweckmäßigsten Versorgung der Menschen mit Gütern orientiert ist;"

3. die Einengung der Unternehmerselbständigkeit und

4. die Politisierung der Wirtschaft: Während im Kapitalismus der Verlauf der Wirtschaft durch eine Unsumme wirtschaftlicher Einzelentschlüsse bestimmt wird, werden nach diesem Gesetz bewußte Entscheidungen planmäßig die Richtung der Gesamtwirtschaft bestimmen.

Freilich sind diese neuen Tendenzen „zum Teil noch recht schwach, zum Teil erst andeutungsweise vorhanden". Sie kommen aber schon zur Geltung infolge der tiefen Veränderungen des kapitalistischen Systems, die zur Einschränkung des Geltungsbereiches der kapitalistischen Wirtschaftsgesetze führen, sowie durch die aktive Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse, die zu ihrer Aufgabe (Kapitel III) hat, auf allen Gebieten das Vordringen der neuen, gemeinwirtschaftlichen Tendenzen zu fördern. Wenn z. B. infolge

der veränderten Zusammensetzung des Kapitals

(außerordentlich starke Zunahme seines fixen Teiles, d. h. des Teiles, der in Produktionsanlagen festgelegt ist und nicht mehr einem Zweig der Wirtschaft entzogen und dem anderen zugeführt werden kann) die freie Beweglichkeit des Kapitals stark eingeschränkt wird, so wird dadurch auch die Möglichkeit, streng nach der Profitrationalität, also in der Richtung nach den meisten gewinnversprechenden Kapitalanlagen zu handeln, ebenfalls so stark eingeschränkt. „In dem Augenblick, da das Kapital in einzelnen Wirtschaftszweigen festgerannt ist und nicht einfach zurückgezogen werden kann, muß die Produktion auch für den Fall fortgesetzt werden, daß der Profit nicht oder nicht mehr in der früheren Höhe vorhanden ist; denn durch die völlige Einstellung der Produktion würde der Kapitalverlust noch schwerer als bei Fortsetzung der Produktion sein." Kapitalistische Organisationen versuchen dann durch ihre Machtstellung dem Markt gegenüber (Kartelle), also durch Ueberhöhung der Preise, Profite für sich zu erzwingen, und verschärfen dadurch die Mißverhältnisse innerhalb der gesamten Wirtschaft, vertiefen die Krise und erschweren ihre Ueberwindung.

Hier setzt die sozialistische Wirtschaftspolitik ein, indem sie Maßnahmen verlangt, die (wie Kartell- und Monopolkontrolle, Kontrolle der Kapitalleitung) auf die Durchsetzung der neuen Grundsätze („gesellschaftliche Rationalität") hinauszielen.

Mit diesem Beispiel wollen wir die Methode der Darstellung von Leichter aufzeigen. Sein Verdienst ist, daß er auf einer Seite die Wirkung der den Kapitalismus sprengenden Entwicklungstendenzen ausführlich und auf eine sehr einleuchtende Weise darstellt und auf der anderen die grundsätzliche Bedeutung der einzelnen Forderungen der Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse für den Umbau der Wirtschaft klarmacht. Im letzten (IV.) Kapitel seines Buches werden

die „Probleme des Ueberganges"

zusammenfassend behandelt. Wir teilen Leichters Auffassung, daß man von einem Uebergangszustand vom Kapitalismus zum Sozialismus sprechen darf, und daß dieser Uebergangszustand durch die zunehmende Bedeutung der wirtschaftlichen Betätigung des Staates, insbesondere durch die Entwicklung der kontrollierenden Tätigkeit des Staates, gekennzeichnet wird. Nicht angebracht scheint es uns, diesen Uebergangszustand als Staatskapitalismus zu bezeichnen.

Wie Leichter den Staatskapitalismus beschreibt, ist das im Grunde genommen nichts anderes als der Inbegriff für alle staatlichen Eingriffe, die schon jetzt stattfinden oder von uns verlangt werden. Nun ist das nur eine Möglichkeit und, wie uns scheint, nicht einmal die am nächsten liegende Möglichkeit, den viel umstrittenen Begriff „Staatskapitalismus" klarzustellen. Mit diesem Begriff verbindet sich doch die Vorstellung, daß eine kapitalistische Wirtschaftsform in eine andere ebenfalls kapitalistische Form umgewandelt wird, während Leichter doch von einem Uebergangszustand spricht, der nicht mehr eine Etappe der kapitalistischen Entwicklung bleiben, sondern aus dem Kapitalismus herausführen muß. Die Entwicklung, die heute staatliche Eingriffe erzwingt, sprengt eben den Kapitalismus nicht deshalb, weil sie eine staatskapitalistische Wirtschaft schafft, sondern deshalb, weil sie die herrschenden Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft aufhebt.

Hohe Glanzstoffverluste.

Seit 1929 jedes Jahr Millionen – Unterbilanz.

Das mächtigste deutsche Kunstseidenunternehmen, die Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G. in Barmen-Elberfeld, die seit einigen Jahren mit dem holländischen Aku-Konzern (Allgemeine Kunstseide Unie) verbunden ist, hat im Geschäftsjahr 1931 wieder einen Verlust von 1,90 Millionen Mark erlitten. Der Rohertrag wird nur mit 4,5 gegen 15,5 Mill. Mark ausgewiesen, so daß nach Absetzung von 6,5 Mill. Mark Abschreibungen sich der erwähnte Jahresverlust ergibt. Da der im Jahre 1930 entstandene Geschäftsverlust von 2,80 Millionen nicht mehr durch Reserven gedeckt werden konnte, verbleibt jetzt ein Gesamtverlust von 4,70 Mill. Mark, der auf neue Jahresrechnung vorgetragen wird.

Die verheerenden Folgen der hemmungslosen Expansionspolitik in der Glanzkonjunktur der Kunstseidenindustrie treten bei dem Glanzstoffkonzern besonders drastisch in Erscheinung. Obwohl schon 1928 infolge riesiger Sonderabschreibungen auf die Beteiligungen ein Verlust von 58 Millionen entstanden war, konnte damit die Bilanz noch nicht so weit bereinigt werden, daß weitere Millionenverluste vermieden wurden. Einschließlich der beiden letzten Verlustjahre 1930 und 1931 mit zusätzlicher Unterbilanz von 4,7 Mill. Mark hat der Glanzstoffkonzern in den drei verflossenen Krisenjahren insgesamt 62,6 Millionen Mark Verluste erlitten.

Gut gehaltene Stromeinnahmen.

Der Jahresabschluß der Lech-Elektrizitätswerke A.-G.

Die von dem Lahmeyer-Konzern beherrschte Lech-Elektrizitätswerke A.-G. in Augsburg konnte ihren Ueberschuß aus dem Betrieb der Kraftwerke im vergangenen Jahr mit 7,93 gegen 8,8 Millionen Mark verhältnismäßig gut behaupten. Unkosten waren mit 1,07 und Gebühren und Abgaben mit 2,09 Millionen Mark geringer. Aus dem Reingewinn von 2,36 gegen 2,98 Millionen Mark wird auf das Kapital von 40,5 Millionen eine Dividende von 6 gegen 7 Proz. im Vorjahre ausgeschüttet.

Das Unternehmen, dessen Versorgungsgebiet etwa 1000 süddeutsche Gemeinden umfaßt, hat seinen Anschlußwert von 95 138 auf 96 380 Kilowatt etwas erhöhen können. Die Stromabgabe im Ueberlandgebiet verringerte sich um 16,5 Proz. und die Stromabgabe an die Stadt Augsburg um 12,5 Proz. Einen gewissen Ausgleich im Stromabsatz konnte die Gesellschaft infolge des guten Wasserjahres und der entsprechend erhöhten Leistungsfähigkeit der Wasserkraftwerke durch Verkauf der anfallenden Ueberschußenergien herbeiführen. Diese Verwertung der Ueberschußenergien hat trotz des sonstigen Rückganges im Stromabsatz die nutzbar abgegebenen Kilowattstunden von 164,5 auf 184,3 Millionen gesteigert.

Lederindustrie im Absatzkampf.

Zölle und Kontingente drosseln den Export.

Im Mittelpunkt der Jahresversammlung des Zentralvereins der Deutschen Lederindustrie stand die Frage der Absperrung der wichtigsten Auslandsmärkte.

Zu dem Preisverfall erklärte der Vorsitzende Fabrikant Ammer, daß der Absturz der Rohstoffpreise den Anteil der fixen Kosten unverhältnismäßig gesteigert habe. Der Anteil der rohen Haut am fertigen Leder sei von 70 auf 45 Proz. bei dem gegenwärtigen Preisstand gesunken, damit also der Anteil der fixen Kosten auf das Doppelte gestiegen. Seit 1927 ist die deutsche Lederproduktion mengenmäßig von 150 auf 100 Millionen Kilo, also um ein volles Drittel, gesunken. Eine Stützung des Binnenmarktes durch den Export werde durch die Zoll- und Kontingentspolitik des Auslandes immer mehr zur Illusion. England und die USA. haben hohe Lederzölle eingeführt, Italien und andere wichtige Absatzländer haben ihre Zölle fast ausnahmslos vervielfacht oder die Einfuhr scharf kontingentiert. Dabei betrug die Exportquote der Lederindustrie im vergangenen Jahre mit 175 Millionen Mark rund 35 Proz. des Produktionswertes. Im ersten Quartal dieses Jahres ist ein Exportverlust von rund 30 Proz. gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1929 zu verzeichnen.

In diesem Zusammenhang richtete der Referent scharfe Angriffe gegen die passive deutsche Handelspolitik, die sich besonders bei den Kontingentsverhandlungen mit Frankreich verhängnisvoll ausgewirkt habe. Eine stärkere Aktivität hätte verhindern können, daß der deutsche Lederexport nach Frankreich, der noch im letzten Jahre über 13 Millionen betragen habe, um 60 Proz. gedrosselt wurde. Mit der Erhaltung der bestehenden Handelsverträge, auf die sich die deutsche Handelspolitik im wesentlichen beschränkt hat, sei es heute nicht mehr getan, und von der Regierung müsse stärkere Aktivität zum Schutze der deutschen Exportindustrien gefordert werden.

Absinken der Butterpreise.

Wenn die Massen nicht kaufen können, helfen Zölle nichts.

Die Großhandelspreise für Butter sind in den letzten Tagen ganz erheblich gefallen. Trotz eines stark erhöhten Zolles und einer Drosselung der Buttereinfuhr bewegen sich die Butterpreise nach unten. Wir veranschaulichen das durch folgende Zusammenstellung:

Entwicklung der Butterpreise nach den Berliner Großhandelsnotierungen pro Zentner in Mark.

	Ende Februar	Anfang April	Ende Mai
I. Qualität	135	113	100
II. Qualität	128	106	102
III. Qualität	118	96	92

Der Preis zog Ende Februar stark an, und zwar auch unter dem Eindruck des heraufgesetzten Butterzolles. Im Reichsernährungsministerium selbst nahm man an, daß sich die Preise nicht halten ließen. Man stellte aber alles darauf ab, zumindest einen Preis von 120 Mark für die erste Sorte zu erzielen. Das ist nicht gelungen. Die anderen Einflüsse, die auf den Butterpreis drücken, waren stärker als der Zoll.

Unsere Tabelle unterstreicht die alte Wahrheit, daß man gegenwärtig in Deutschland mit Zöllen keine Preise machen kann. Diese Idee rumort wohl noch immer in den Köpfen verkalkter Landbundführer und der nationalsozialistischen Agitatoren, die von den Dingen keine Ahnung haben. In Wirklichkeit hängt heute die Preisbildung in Deutschland von der Kaufkraft, von den Löhnen der Industriearbeiter ab. Sinkt diese Kaufkraft, dann müssen auch die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte sinken. Daran hilft kein Zoll, keine Einfuhrbeschränkung, keine Autarkie vorbei. Wer etwas anderes behauptet, belügt die Landbevölkerung. Der Butterpreis beweist das. Die Politik der Butterzölle hat aber einen großen Teil unserer Industrieausfuhr gefährdet! Will Herr Schiele auch daraus nicht lernen?

Ungenügende Hapag-Lloyd-Sanierung

Kapitalschnitt nur 3 zu 1. – Fast 300 Mill. Abschreibungen.

Die Aufsichtsratsbeschlüsse der deutschen Großreedereien enthalten eine Ueberraschung: Das Kapital soll nur im Verhältnis 3 zu 1 zusammengelegt werden, nicht im Verhältnis 10 zu 3, wie bei Gewährung der Reichssubvention verkündet wurde. Das ist also wieder ein Fall, in dem das Privatkapital geschont wird, obwohl Steuergelder infolge des Versagens der privaten Wirtschaftsführung eingesetzt werden mußten.

Die Betriebsrechnungen für 1931 schließen, wie erwartet, mit Verlust ab. Beim Norddeutschen Lloyd stehen Einnahmen von 20,4 (im Vorjahre 55,1) Millionen M. Ausgaben von 25,0 (21,8) Millionen M. gegenüber; bei der Hamburg-Amerika-Linie betragen die Einnahmen 18,1 (56,1) Mill. M. und die Ausgaben 27,3 (23,7) Mill. M. Beim Nordlloyd werden 11,5 Mill. M. eigene Aktien eingezogen; das Restkapital von 148,5 auf 49,5 Mill. M. zusammengelegt und das Vorzugskapital von 3,34 Mill. M. in Stammkapital umgewandelt. Bei der Hapag wird das Kapital (nach Einzug von 0,4 Mill. M. eigener Aktien) von 159,6 auf 53,2 Mill. M. zusammengelegt; das Vorzugskapital von 1,37 Mill. M. bleibt unverändert.

Die Abschreibungen beim Nordlloyd auf die gesamten Aktiva (Schiffe, Grundbesitz, Wertpapiere) sind auf 140,5 (im Vorjahre 123,6) Mill. M. festgesetzt worden. Dafür stehen zur Verfügung: 99 Mill. M. aus der Kapitalherabsetzung; 2,1 Mill. M. aus der zweiten Rate der amerikanischen Freigabe; 56,6 Mill. M. aus Reservefonds; 4,1 Mill. M. Buchgewinn aus Einziehung eigener Aktien.

Die Hapag schreibt 153,7 (im Vorjahre 28,6) Mill. M. ab. Dafür werden verwendet: 106,4 Mill. M. aus der Kapitalherabsetzung; 38,0 Mill. M. aus Rücklagen und Reserven; 37,8 Mill. M. aus der amerikanischen Freigabe.

Bei beiden Gesellschaften werden also insgesamt fast 300 Mill. M. abgeschrieben. Bei jeder Gesellschaft bleibt ein Reservefonds von 24 Mill. M. bestehen. Der Aufsichtsrat des Nordlloyd bezeichnet diese Reservehaltung als notwendig, da die Geschäftsentwicklung weitere Verluste erwarten lasse — ein Beweis dafür, daß der Kapitalschnitt ungenügend ist.

Millionenverlust bei Harburger Gummi. Die Harburger Gummiwarenfabrik „Phönix", die den Aufsaugungstendenzen des Continental-Konzerns als einziges norddeutsches Großunterrehmen in der Gummifabrikation erfolgreichen Widerstand geleistet hatte, weist für das Geschäftsjahr 1931 einen Verlust von 1,23 Mill. Mark aus, während im vorhergehenden Jahr noch 4 Proz. Dividende ausgeschüttet wurden. Der Verlust wird unter Heranziehung des Reservefonds gedeckt. Die Umsätze sind um rund 25 Proz. gesunken. Als Hauptursache der großen Verluste wird der Preisverfall im Gummigeschäft angegeben.

Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat gibt seinen Absatz für den Monat April mit 3,611 Millionen Mark an, wovon 1,86 Millionen Tonnen nach dem bestrittenen und 1,75 Millionen nach dem unbestrittenen Gebiet gingen. Danach stellt sich der arbeitstägliche Absatz auf etwa 139 000 Tonnen. Gegenüber dem Vormonat bedeutet das eine Verringerung um 8,7 Proz., gegenüber dem April 1931 eine Verringerung von 22,53 Proz.

Auch die Kölner Fordfabrik schließt mit einem Millionenverlust ab. Die deutsche Fordgesellschaft in Köln a. Rh., die im vergangenen Jahre ihre neue große Fabrik in Köln eröffnete und damit in den Hohepunkt der Wirtschaftskrise geriet, hat einen Verlust von 1,16 Millionen Mark erlitten. Die Leistungsfähigkeit der neuen Anlagen konnte nur ganz geringfügig ausgenutzt werden, da der Absatz zeitweise völlig ins Stocken geriet und auch nur in geringem Umfange wieder einsetzte. Wie die Verwaltung mitteilt, wird ein neuer Ford-Kleinwagen, der mit einer geringen Jahressteuer belastet ist, herauskommen.

Zwei Szenen aus dem Leben

Stefan Pollatschek:

Hallo! Ein Mörder benötigt!

Es war einmal ein Mann, der hieß Plach, Emil Plach, und lebte im Böhmischen. Er war, müßt ihr wissen, noch in den wirklichen Friedenszeiten groß geworden, und als dann die Zeit heran brach, die man die große nannte, war er schon siebenundvierzig Jahre alt. Aber man sah damals nicht viel aufs Alter, die Kanonen waren nicht wählerisch, ihr Futter mußte nicht immer frisch sein, sie nahmen auch zäheres Fleisch. So also lag unser Bruder Plach im Schützengraben, bis zum Kopf eingegraben, und lugte dort drüben im Graben, den man den „feindlichen" nannte, ein Menschenhaupt hervor, flugs mußte man das Gewehr anlegen, zielen und abdrücken. Als er einmal selbst über den Grabenrand sah, wurde er verletzt, lag mehrere Monate in einem sauberen Lazarett, wurde sorglam behandelt, um für den Empfang weiterer Kugeln gerüstet zu werden ...

Aber auch die großen Zeiten gingen vorüber, und es folgten andere, auch nicht schönere, die man die Inflationszeiten nannte. Geld, Besitz, Eigentum, alles wurde zunichte, über Nacht wurde man zum Millionär und damit zum Bettler. Kaum waren diese Zeiten vorüber, als die Zeit des Aufschwungs über die Menschheit kam. Zehn Stunden mußte man hinter der Maschine stehen und bekam kaum satt zu essen, aber gar bald waren auch diese Zeiten vorbei, und es folgte die Zeit der Rationalisierung. Man fand, daß die Menschen zuviel arbeiten, verbesserte die Maschinen und gab so lange keine Ruhe, bis man gar keine Arbeit mehr für die Menschen hatte. Auf den naheliegenden Ausweg, die Produkte der Maschine gleichmäßiger und gerecht zu verteilen, verfiel keiner, und so gab's bald Millionen Menschen, die keine Arbeit hatten und die, weil sie kein Geld verdienten und keins ausgeben konnten, wieder Millionen Menschen brotlos machten.

Vom Wechsel dieser Zeiten hatte nun unser Bruder Plach genug, vielleicht von der ganzen Zeit überhaupt, er war alt und kränklich geworden, seine Geduld war erschöpft, kurz — er wollte sich das Leben nehmen. Gut und schön. Aber wie macht man das? Nun, das ist doch ganz einfach, sollte man meinen. Man kauft einen guten, handfesten Strick, geht in den Stall, macht eine Schlinge, steckt den Kopf hinein, und das weitere überläßt man dem lieben Gott. Bis zum letzten konnte sich aber unser Bruder Plach denn doch nicht entschließen. Wohl kaufte er den Strick, wohl knüpfte er die Schlinge, aber als es galt, den Kopf hineinzustecken, da verließ ihn der Mut und Plach, Emil Plach nannte sich wütend einen Feigling. Aber was vermag auch tiefste Einsicht an den Tatsachen zu ändern? Nichts, leider nichts!

Sterben aber wollte er. Also kam er auf die naheliegende Idee, sich ermorden zu lassen. Er knüpfte Beziehungen zu Landstreichern und Bettlern an, brachte sein Anliegen vor und versprach ihnen größere Geldbeträge, wenn sie ihn ermorden würden. Aber wenn auch einige der Gebetenen zweifellos bereit gewesen wären, ihre Mitmenschen zu töten, um ihnen dann das Geld zu stehlen, jemanden zu ermorden, der bereit ist, im vorhinein Geld herzugeben, also quasi gegen Arbeitslohn — nein, dazu war keiner bereit. Was ein richtiger Mörder ist, hält scheinbar noch darauf, daß sein Metier nicht mit dem Kommerz verwechselt werde.

Endlich aber — wer sucht, der findet auch, heißt es in dem frommen Buche — fand er doch einen mildtätigen Mann. Das Honorar wurde vereinbart, da aber Plach nicht über solche Beträge verfügte, bewilligte der Kontrahent entgegenkommend Ratenzahlungen. Unser Bruder Plach stand nun vor der Erfüllung seines sehnlichen Wunsches, er arbeitete, bettelte, sorgte sich und zahlte pünktlich die Raten. Endlich konnte er auch die letzte abstatten. Nun war die Arbeit des Lebens erfüllt, endlich konnte man aufatmen und sterben.

Der Geschäftspartner ging nun daran, auch seinerseits seine Verpflichtungen zu erfüllen. Er knüpfte den alten, müden Mann an einen Strick, doch — mitunter gibt es auch Pech im Sterben — der Strick riß. Einträchtig gingen die beiden Männer und kauften einen neuen, stärkeren Strick, suchten eine verlassene Scheune auf, und wieder wurde unser armer Bruder Plach, Emil Plach, an den Strick geknüpft. Diemal klappte alles, der Strick hielt, als aber der Gehängte das Gesicht verfärbte, was in diesem Stadium durchaus zu seinen Pflichten gehörte und was ja auch in seinem Wunsche lag, bekam der ungetreue Geschäftspartner Angst und riß Plach aus der Schlinge. Er ließ ihn am Boden liegen und lief davon, durchaus eine Kopie seines bekannteren Bruders Schlemihl ...

Der Verletzte, unser armer, geduldiger und beinitleidenswerter Emil Plach wurde aufgefunden und in ein Krankenhaus gebracht, allwo er mit ärztlicher Hilfe gar bald starb. Aber auch den ungetreuen Geschäftspartner erreichte sein Schicksal, er wurde verhaftet, in ein Gefängnis geschleppt und wartet nun auf den Prozeß, den ein gestrenger, nicht sonderlich gut bezahlter Anwalt des Staates gegen ihn anstrengt. (§ soundsoviel: Mord.)

Das Ganze aber ist, ihr Lieben, trotz des märchenhaften Anfanges und des nicht minder seltsamen Verlaufes keine Erfindung eines Schriftstellers. Es trug sich zu in der Nähe des böhmischen Städtchens Pardubitz im Jahre des Heils 1932 ...

Hans Weilmaier:

Wie man's macht, ist's verkehrt!

Es kommen gar viele Geschichten aus Moabit, die der Komik nicht entbehren. Nicht alle sind ulkig, aber bei so manchen sieht man die ironischen Lachfältchen um den Mund der kleinen Justitia, wenn sie mit verbundenen Augen die Waage hält. Das Modernste sind die Devisenschiebungsprozesse, die durch die Notoerordnung heraufbeschworen wurden. Auch unangenehme Dinge haben ihre guten Seiten, denn diese Verhandlungen erhellen das Dunkel, das um die Not der deutschen Wirtschaft und ihre Führer lagert.

Da ist zum Beispiel der Mann, der sein Vermögen, rund eine halbe Million, seinem Freund gab, der damit nach der Schweiz fahren und es sicher anlegen sollte. Der Freund fuhr auch hin, fuhr leider gleich weiter nach Afrika und ließ nichts mehr von sich hören.

Neuerdings läuft eine viel interessantere Sache. Ein Kommerzienrat Knigge, Besitzer einer großen Schokoladenfabrik, hatte bemerkt, daß sich seine Einkünfte bedenklich verringert hatten. Der geringe Umsatz, die billige Konkurrenz und die Krise waren Faktoren geworden, die brutal seinen Verdienst beschnitten. Natürlich waren daran nur die hohen Löhne und Gehälter der Arbeiter und kleinen Angestellten schuld. Also kürzen! Der Erfolg war, daß der Umsatz noch kleiner, die Konkurrenz noch billiger und die Krise noch schärfer wurde.

„So geht es nicht weiter", rief der Kommerzienrat. „Ich kann doch nicht meiner Frau und meinen Kindern ihre Autos wegnehmen! Womit sollen sie denn fahren? Ich kann ihnen doch nicht ihre Landhäuser wegnehmen! Wo sollen sie denn schlafen? Ich kann ihnen doch nicht verbieten Tennis zu spielen! Was sollen sie dann den ganzen Tag machen? Ich kann ihnen doch nicht . . .!"

Und im letzten Augenblick hatte der Kommerzienrat den rettenden Gedanken. Zuerst wurde nicht mehr bezahlt. Kakao, Zucker, Maschinen und vieles andere wurden auf Kredit gekauft. „Wenn ich meinen Betrieb zumache, werden 700 Arbeiter und Angestellte brotlos. Das wäre ein Verbrechen in der heutigen Zeit", sagte er. Die Lieferanten gaben ihm recht und borgten. Nur die Löhne und Gehälter wurden bezahlt. Er kannte das BGB.

Dann wurde der Sohn des Kommerzienrats verheiratet und machte eine Hochzeitsreise nach der Schweiz. Als Hochzeitsgeschenk bekam er eine Villa am Züricher See und das gesamte Barvermögen seines Vaters. Dieser Sohn war durch und durch Geschäftsmann. Kaum in der Schweiz angekommen, gründete er eine „Schokoladen-Kredit-Gesellschaft", die gegen entsprechende Garantien und Zinsen an Schokoladenfabriken Darlehen vergab.

Die ersten Kredite, die natürlicherweise Schweizer Firmen bewilligt wurden, waren nicht nennenswert. Das größte Darlehen wurde an eine Schokoladenfabrik in Berlin vergeben, die einem Kommerzienrat Knigge gehörte. Dieses Darlehen wurde von der Fabrik dazu benutzt, verschiedene Neuerungen im Betrieb und im Arbeitsgang einzuführen. Ferner begann man mit einem Erweiterungsbau.

Jetzt kamen aber die Gläubiger der Firma und wollten ihr Geld haben. Das Geld der „Kredit-Gesellschaft" war in den Betrieb gesteckt worden und Kommerzienrat Knigge — hatte nichts. Also wurde die Firma für zahlungsunfähig erklärt und Konkurs angemeldet!

Hauptgläubiger war die „Schokoladen-Kredit-Gesellschaft" in Zürich. Das heißt der Sohn oder besser: der Kommerzienrat selbst. Sie bekamen das meiste aus der Konkursmasse.

Die Sachlage ist sehr einfach: Ein Unternehmer hat mit seinem Kapital, mit dem er haftet, der eigenen Firma ein Darlehen gegeben, damit er beim Konkurs die Gläubiger, denen der Betrieb eigentlich schon gehört, um ihre Forderungen prellen kann.

Etwas stimmte in der Rechnung nicht. Das war eben die Notoerordnung des Reichspräsidenten: Devisenschiebung. Vater und Sohn saßen plötzlich auf der Anklagebank und der ganze Schwindel kam heraus . . .

So daß man das Sprichwort „Die Sonne bringt es an den Tag" in „Die Notoerordnung bringt es an den Tag" verwandeln muß.

Ivan Heilbut:

In Andersens Märchenstube

„Na, na . . .!" sagte die Lampe zu Andersen, dem Märchendichter. „Wie lange soll es heute nacht wieder dauern? Meinst du, ich halte das noch lange aus? Ich habe keinen Tropfen mehr im Bassin und bin ganz erschöpft. Leuchte ich dir nicht schon seit dem Nachmittag?"

„Wirklich", sagte Andersen, und sah vom Schreiben auf, „du hast für heute genug geschwitzt." Er drehte den Docht herunter, puste'e aus und sagte: „Schlaf schön."

Dann suchte er im Dunkeln eine Kerze, entzündete sie und begann wiederum zu schreiben. Die Kerze war eine kleine, freundliche, Dicke. Sie saß mitten auf dem Tisch und war gleichsam die Mama in der Stube.

„Du!" drohte sie mütterlich dem Schreibenden zu, „du! Willst du gleich an dich selber denken! Seit dem Mittag hast du nichts Warmes gegessen. In die Küche mit dir, mein Junge, und koche dir Tee."

„Gut", sagte Andersen, „aber nur unter der Bedingung, daß ich nachher Ruhe vor dir habe."

Er ging in die Küche. Der Wassereimer war leer. Er mußte also in den Garten, denn dort stand die Pumpe. Andersen stand eine Zeitlang vor ihr und blickte sie an. Aber die Pumpe wachte davon nicht auf.

„Pumpe", sagte Andersen leise.

Die Pumpe atmete etwas lauter im Schlaf.

„Pumpe . . .", sagte Andersen noch einmal.

„Herrgott!" sagte die Pumpe, die erwachte — sie war gleich munter und blickte sich im Dunkeln um. „Was willst du denn mitten in der Nacht?"

„Ich möchte gern Tee trinken", sagte Andersen, „aber es ist kein Wasser im Eimer. Nun wollte ich dich bitten, mir etwas Wasser von unten heraufzuholen."

„Meinetwegen", grollte die Pumpe. Und Andersen nahm ihre Hand und schwenkte sie hoch und preßte sie wieder der Pumpe an die Hüfte zurück.

„Na, na, na!" sagte die Pumpe, „ich kann auch nicht hexen, was schwenkst du mir meinen Arm? Du renkst ihn noch aus!"

„Ich wollte nur tüchtig helfen", sagte Andersen schüchtern, „damit du bald wieder einschlafen kannst."

„Das ist sehr nett von dir", sagte die Pumpe, immer noch verdrießlich, „du bist überhaupt ein sehr rücksichtsvoller Mensch, das muß ich dir sagen."

„Entschuldige", sagte Andersen und strich ihr behutsam über den Arm. „Tut es noch weh?" Er streichelte sie. Darauf goß die Pumpe einen tüchtigen Schuß Wasser in seinen Eimer.

„Danke", rief Andersen, „genug." Er zog den Eimer weg.

„Hallo!" schrie die Pumpe, „es kommt noch was!"

„Ich brauche aber nicht mehr", sagte Andersen, „es ist nur zum Tee."

„Es kommt aber", rief die Pumpe in Angst. Und Andersen sah schon den nächsten Strahl auf die Erde schießen.

„Wir wollen warten", sagte er zu seinem Eimer, und sie standen beide still, bis die Pumpe aufseufzend sagte:

„So — das war alles — nun kommt nichts mehr."

Andersen bedankte sich beim Monde, daß er geleuchtet hatte, und bei der Pumpe für ihren Dienst. Sie antwortete nicht — nicht einmal durch ein Knurren. „Sie schläft wohl schon wieder", sagte Andersen leise. Er wünschte der Nachtigall Nurola einen gesunden Schlaf bis zum Morgen, denn er hatte am vergangenen Tage durch einen Zeisig erfahren, daß Nurola in Kürze ein kleines Mädchen zur Welt bringen sollte. Auf den Zehen ging er ins Haus zurück.

In der Küche stand er lange untätig still, in Betrachtung des Topfes versunken. Endlich begann er:

„Armer Topf, ich muß dich nun wecken. Ich habe seit Mittag nichts Warmes gehabt."

Damit ergriff er den Topf beim Ohr. Er nahm ihm die Schlafkappe ab, schöpfte vom Eimer Wasser hinüber, hob den Topf an beiden Ohren auf eine kleine blaue Flamme, und setzte ihm die Nachtkappe wieder auf. Der kleine Topf war nicht einmal aufgewacht. Andersen ging in die Stube zurück, setzte sich an den Schreibtisch und schrieb. Die kleine Dicke, die auf dem Schreibtisch saß wie eine Mama, war noch kleiner und dicker geworden. Je älter sie wurde, um so fester und runder wurde ihr Leibchen.

Der Topf auf der Flamme schlief so tief und so fest, daß er leise im Schlaf zu singen begann. Aber dann fing er an zu träumen. Sein Atemzug wurde schneller und lauter, am Ende fing er an zu toben, zu springen — aber erwachen konnte er nicht. Er begann im Schlaf zu weinen, zu rufen und Spucke aus seinem Munde zu sabbeln. Die Flamme unter ihm wollte davon nichts haben, sie bog sich, wendete sich, strich auf die Seite, duckte sich, daß sie so klein wie ein Millimeter wurde — und dann sagte sie: „Uff!" und wütend puffte sie ihren Geist in die Luft.

Während dies geschah, sah Andersen, der am Schreibtisch saß, lächelnd ins Licht. Aber das Licht verzog schon seit einiger Zeit sein Gesicht, es dachte bestimmt etwas Wichtiges, es verschwieg nur mit Mühe außergewöhnliche Neuigkeiten; es grimassierte furchterlich. Plötzlich erhob es sich und spazierte durch die Luft bis zur Tür. Andersen sah ihm nach. Nanu? dachte er, was hat denn das Licht mit einem Male? Das Licht nahm den Weg durch die Luft zurück und hielt an Andersens Stuhl. Andersen meinte, nun würde das Licht seine Neuigkeit endlich von sich geben. Aber es ließ sich zur Erde nieder und flüsterte mit dem Stuhl.

„Ja!" rief der Stuhl und spazierte weg und Andersen fiel auf die Erde. Das Licht, dick wie es war, ging über den Teppich zur Tür.

„Das hat seine Bedeutung", sagte Andersen; er war gewiß, daß das Licht seinen Grund hatte, wenn es zur Stube hinaus wollte. Zwar wußte er nicht, wie ohne das Licht weiterleben, aber er ließ den Hausbewohnern, die mit ihm lebten, prinzipiell ihren Willen. Und so öffnete er dem Lichte die Tür und das Licht wackelte auf den Flur hinaus.

In diesem Augenblick hörte er aus der Küche den Topf im Traum schreien.

„Trrrrink . . . trrrrink . . . trrrrink . . . Ich koche . . . ich koche . . . ich koche . . . uh . . . puh . . . phu . . ."

„Nun weiß ich", rief Andersen, „liebes Licht, weshalb du nicht Ruhe finden konntest. Ich danke dir, Gute."

Andersen bedankte sich gleichfalls beim Topf, brachte ihn behutsam zu Bett, setzte sich selber wieder zu schreiben hin, und trank seinen Tee.

Dr. J. Weinberg:

Feuerberge

(Schluß)

Wir können in Mitteleuropa ruhig schlafen! Die Vulkanreste, die uns das Leben einmal schwer gemacht hätten, wenn's damals überhaupt Menschen gegeben hätte, die sind bei uns in der Zwischenzeit längst ruhig, kraftlos geworden. Anders in jenem Ring um den Stillen Ozean herum! Da wird es noch etliche Erdalter dauern, bis Ruhe wird. Aber auch da kommts nicht dazu, daß die Erde einmal ihr Innerstes nach außen stülpt. Denn bis dahinein reichen die Vulkane nicht. Woher wir das wissen? Aus dem, was die Vulkane zu Tage fördern. Die Lava, Lapilli-Bomben, Aschenregen sind von solcher Beschaffenheit, von solchem spezifischen Gewicht, daß sie unmöglich dem Erdkern angehören können. Aus wirklich zuverlässigen physikalischen Gesetzen hat man abgeleitet, daß der Erdkern Nickel und Eisen (Ni-Fe) enthält. Etliche noch schwerere Bestandteile mögen auch dabei sein. Aber die vulkanischen Produkte bestehen aus Kieselsäureverbindungen (Liperit, Trachyt, Andesit, Basalt usf.). Sie stammen also höchstens aus der Silizium-Magnesium-Schicht (Silizium gleich Kiesel), ihr spezifisches Gewicht ist immer noch erheblich geringer als das Durchschnittsmaßengewicht der Erde. Sie können also nur aus der äußersten Erdschicht, der Erdhaut, herrühren, deren Mächtigkeit unterschiedlich, neuerdings aber nie über 30 Kilometer stark angenommen wird. In dieser Erdhaut also sind die Fabriken, aus denen die Vulkane ihr Material beziehen. Wie es da hineingekommen ist und warum es wieder heraus will, darüber gibt es nur ein Bündel Hypothesen. Von der Schmiede des Hephaistos der alten Griechen (er hatte seine Werkstätte direkt unter dem Boden von Sizilien, welches ihm Zeus nachgeworfen hatte, als er sich gegen Hera nicht ganz kommentmäßig benommen hatte) und der Aetna war ihr Schornstein. Von da bis herauf zu den höchst raffinierten modernen Theorien, bei denen immer am Schluß steht: „Wir glauben beweisen zu können . . ."

Aber es wäre nicht einmal so besonders wichtig, zu wissen, warum die Vulkane speien. Viel wichtiger wäre, zu wissen, ob und wann sie es regelmäßig tun. Leider sind wir auch hierüber noch recht sehr im unklaren! Der Vesuv z. B. hat bis zum Jahre 79 n. Chr. nie auch nur die geringste Miene gemacht, seinen Anwohnern irgendwelche Ungelegenheiten zu bereiten. Aber dann tat er es gleich ganz gründlich. Nach der Zerstörung von Herkulaneum, Pompeji und Stabia gab es bis 1631 n. Chr. nur siebzehn Ausbrüche, die alle nicht so heftig waren, denn im 12. Jahrhundert begann wieder reichlich Wald an seinen Flanken zu wachsen. Und zweimal blieb er sogar mehr als zweihundert Jahre lang ruhig. Dann aber besann er sich auf seine Reputation und der Ausbruch 1631 war noch viel schlimmer als jener vom Jahr 79. Und nun ist er wieder ruhiger.

So ist es auch bei vielen anderen Vulkanen. Montagne Pelée überraschte 1902 die Welt sehr plötzlich mit der Katastrophe auf Martinique. Zum Halemaumau auf Hawaii dagegen kommen die Touristen in Scharen und man weiß fast genau auf die Minute, wann er steigt und fällt. Ein Eigenbrötler ist hingegen wieder der Krakatau, dem Europa von 1883 bis 1886 die herrlichsten Sonnenuntergänge verdankte, die es je zu sehen bekam. Auch der Bandaisan in Japan hat fünf Jahre nach dem Krakatau am 15. Juli 1888 mehr als seine bessere Hälfte in die Luft gesprengt. Man schätzte die gesprengte Masse auf 1213 Millionen Kubikmeter. Der Krakatau war seit 1680 ruhig gewesen, der Bandaisan aber war ebenso wie der Taramera auf Neuseeland, der ein ähnliches Sprengexperiment am 10. Juni 1886 machte, seit Menschengedenken untätig gewesen; er hatte nicht einmal den Rang eines Feuerspeiers.

Und so war es auch mit den Südamerikavulkanen, die jetzt auf einmal zu toben angefangen haben. Freilich, große Veränderungen auf der Erdoberfläche wird es auch diesmal nicht geben. Denn im allgemeinen sind die Feuerspeier keine Menschenfresser. Sie können es in dieser Beziehung nicht mit den Menschen aufnehmen. Der Cotopaxi kann Bomben (aus Bimsstein) mit 3 Meter Durchmesser nur 20 Kilometer weit schleudern. Er hat darin den Rekord. Aber er ist ein Anfänger gegen eine 42-Zentimeter-Kanone. Eine große Schlacht des Altertums, des Mittelalters, ein Tag Großkampf im Weltkrieg, haben viel mehr Menschen in den Himmel verholfen, als selbst ein großer Vulkanausbruch in der Feuerhölle zu begraben vermag. 30 000 Menschen mußten beim Ausbruch der Montagne Pelée sterben, vielleicht ebenso viele im Jahre 79. Und doch erreichte die Krakatautatastrophe mit 50 000 Menschenopfern nur knapp etwas mehr als die Hälfte der Römerverluste am Tage von Cannä. Wie viele Krakatauausbrüche gibt es in der Weltgeschichte und wie viele Tage von Cannä . . .?

Die Natur vergißt nur hie und da einmal, daß sie das Leben hervorbrachte und nur bei einem unbedachten, unglücklichen Griff zerquetscht sie ein paar Lebewesen zwischen den Fingern. Sonst arbeitet sie bedächtig, langsam, mit größter Schonung ihrer Geschöpfe. Wir Menschen können von ihr lernen! Sie ist so vernünftig, so natürlich . . . Ein wenig mehr kosmische Perspektive, ein wenig mehr Besinnung darauf, daß wir schon auf dem 12,6-Meter-Globus auch mit schärfsten kosmischen Mikroskopen nicht mehr zu sehen wären — wo sind eigentlich unsere weltallstürzenden, unlösbaren Probleme . . .?